



24.031

Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028

Encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation pour la période 2025–2028

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.05.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.05.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.05.24 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.05.24 (FORTSETZUNG - SUITE)

Christ Katja (GL, BS), für die Kommission: Im Rahmen der BFI-Botschaft für die Jahre 2025 bis 2028 hat der Bundesrat eine Strategie festgelegt, um die Schweiz in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation international führend zu halten. Dieser Strategieplan sah ursprünglich Investitionen in der Höhe von 29,7 Milliarden Franken vor. Der Bundesrat sah sich in der Folge jedoch mit einem strukturellen Defizit im Bundesfinanzhaushalt konfrontiert. Dieses Defizit zwang zu Sparmassnahmen, um einen langfristig ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten, der die Vorgaben der Schuldenbremse nicht verletzt. Das bedeutete konkret eine Reduktion des Beitrags an den ETH-Bereich um 100 Millionen Franken im Jahr 2025 und eine Querschnittskürzung von 1,4 Prozent auf alle schwach gebundenen Ausgaben. Gegenüber der Vernehmlassungsvorlage reduziert sich dadurch das Ausgabenvolumen um 0,5 Milliarden Franken bzw. das durchschnittliche jährliche Wachstum um 0,4 Prozentpunkte. Aufgrund der weiterhin bestehenden finanziellen Risiken stellen die beantragten Zahlungsrahmen und Verpflichtungskredite lediglich Obergrenzen dar, die nur bei positiver Entwicklung des Haushaltes ausgeschöpft werden können.

Während der Bundesrat wegen der angespannten Haushaltlage Sparmassnahmen priorisiert, erkennen sowohl die FK-N als auch die WBK-N die Notwendigkeit, gezielt in Schlüsselakteure der Forschung, Bildung und Innovation zu investieren, um langfristige Vorteile für die gesamte Volkswirtschaft zu sichern. Demnach empfiehlt die FK-N, die Zahlungsrahmen für die Berufsbildung, den ETH-Bereich, die kantonalen Hochschulen und die Forschungsförderungsinstitutionen um insgesamt 145,7 Millionen Franken zu erhöhen. Daraus resultiert eine nominale durchschnittliche Wachstumsrate von 1,7 Prozent anstelle der 1,6 Prozent, wie sie der Bundesrat beantragt.

Diese Empfehlung spiegelt die Überzeugung der Mehrheit der FK-N wider, dass zusätzliche Investitionen in Bildung und Forschung essenziell sind für die Aufrechterhaltung und Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Allerdings gab es in der FK-N auch eine Minderheit, die diese Aufstockung der Mittel in Anbetracht der budgetären Engpässe als unangebracht ansah, und eine weitere Minderheit, die im Gegenteil eine nominale durchschnittliche Wachstumsrate von 2,0 Prozent verlangte. Diese Divergenz in den Ansichten zeigt die Spannung zwischen finanzieller Verantwortung und dem Streben nach Exzellenz in Bildung und Forschung – eine Herausforderung, mit der sich die Schweiz in der Umsetzung ihrer langfristigen Bildungs- und Forschungsstrategien konfrontiert sieht.

Die WBK-N hat in der Folge die Beratung der BFI-Botschaft durchgeführt. In der Eintretensdebatte war man sich im Grundsatz einig: In der Schweiz sind Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation das Rückgrat der Wirtschaft, weil das Land vornehmlich auf sein intellektuelles Kapital angewiesen ist. Diese Sektoren sind entscheidend, um die Schweiz global wettbewerbsfähig zu halten und nachhaltigen gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Erfolg zu sichern. Solche Investitionen sichern nicht nur die Zukunft, sondern festigen auch die Rolle der Schweiz als Innovationsführerin auf der Weltbühne.

Die Kommission hat in ihren Beratungen einerseits durch Kürzungen und andererseits durch Erhöhungen schlussendlich Anträge in der Höhe von 152,2 Millionen Franken verabschiedet. Damit möchte sie gezielt gewisse Bereiche und Institutionen unterstützen, die es ihrer Ansicht nach dringend nötig haben.





Zum einen stimmte die WBK-N dem oben erwähnten Antrag der Mehrheit der FK-N zu, die Finanzmittel im Vergleich zum Antrag des Bundesrates punktuell zu erhöhen und dabei eine nominale durchschnittliche Wachstumsrate von 1,7 Prozent zu erreichen. Zwei andere Konzepte der WBK-N zielten darauf ab, ein Mittelwachstum von 2 Prozent bzw. 2,5 Prozent zu erreichen, dies mit linearen Erhöhungen über alle Beschlüsse und Finanzrahmen hinweg. Für diese beiden Konzepte stimmte jedoch nur die Minderheit.

Zusätzlich zu den mit den Anträgen der FK-N übereinstimmenden Beschlüssen hat unsere Kommission noch einige zusätzliche Anpassungen vorgenommen. Ein Hauptdiskussionspunkt war der Antrag zur Änderung des ETH-Gesetzes, insbesondere die Anpassung der Studiengebühren für internationale Studierende. Die Kommission kam zum Schluss, dass eine Erhöhung der Studiengebühren notwendig sei, um den Hochschulen zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Mit einer deutlichen Mehrheit stimmte sie für eine Verdreifachung der Gebühren für neu eintretende internationale Studierende. Eine Minderheit der Kommission plädierte für eine noch stärkere Erhöhung, während eine andere Minderheit befürchtete, dass höhere Gebühren die soziale Zugänglichkeit beeinträchtigen und die Attraktivität der Schweiz als Bildungsstandort mindern könnten.

Im Zuge der Beratung entschied sich die WBK-N auch, den vom Bundesrat vorgeschlagenen Zahlungsrahmen für internationale Bildungs- und Forschungs Kooperationen sowie Stipendien für internationale Studierende und Künstler um 4 Millionen Franken zu kürzen. Dies reflektiert die Notwendigkeit, angesichts der angespannten Haushaltlage Einsparungen vorzunehmen, obwohl eine Minderheit argumentierte, dass die Stipendien angesichts der erhöhten Studiengebühren nicht gekürzt werden sollten, um die Chancengerechtigkeit zu wahren. Des Weiteren beschloss die Kommission, den Zahlungsrahmen für Weiterbildungsmassnahmen um 1,5 Millionen Franken zu erhöhen, um Weiterbildung in der Schweiz für alle zugänglich zu machen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Eine Minderheit sprach sich jedoch gegen diese Erhöhung aus, da bereits in vorherigen Perioden Budgeterhöhungen stattgefunden hatten. In einer weiteren Massnahme zur Stärkung des schweizerischen Innovationsstandortes bewilligte die Kommission zusätzliche 9 Millionen Franken zur hälftigen Mitfinanzierung der Vorhalteflächen des Innovationsparks Switzerland Innovation. Auch hier gab es eine Minderheit, die angesichts der budgetären Restriktionen gegen eine weitere Belastung des Bundeshaushalts war.

Die Kommission stimmte für eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung von Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung, die spezielle Aufgaben jenseits der Kapazitäten bestehender Hochschulen und Institutionen übernehmen. In der Förderperiode 2021–2024 wurden 34 Forschungseinrichtungen nach Artikel 15 des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes (FIG) unterstützt. Die Kommissionsmehrheit möchte zumindest die Unterstützung dieser Institutionen weiter garantieren, während eine Minderheit abermals auf die knappen Bundesfinanzen hinwies. Um diesem Aspekt gerecht zu werden, hat die Kommission als Ausgleich für die zuvor erwähnte Erhöhung der Mittel für national bedeutende Forschungseinrichtungen den Zahlungsrahmen für die Kredite zur internationalen Zusammenarbeit in Forschung und Innovation um denselben Betrag, also um 4,5 Millionen Franken, reduziert. Dieser Betrag war ursprünglich für die Einrichtung von "Swissnex in Switzerland" vorgesehen, welche die Kommission derzeit als weniger vorrangig einstuft.

Insgesamt stand die Debatte in der Kommission um die BFI-Botschaft beispielhaft für die komplexen Abwägungen zwischen Haushaltsdisziplin und Investitionen in die

AB 2024 N 856 / BO 2024 N 856

Zukunftsfähigkeit des Landes. Die Entscheidungen der FK-N und der WBK-N sowie die nun folgende parlamentarische Diskussion werden zeigen, wie wir diese Balance in den kommenden Jahren meistern wollen. Wenn Sie aber glauben, dass Innovation teuer ist, schauen Sie auf den Preis des Stillstands. Ihre Kommission jedenfalls hat sich zwar dafür entschieden, die Sparvorgaben des Bundesrates im Grundsatz zu unterstützen und damit finanzpolitisch Verantwortung zu übernehmen, dennoch sieht sie es als unerlässlich an, gezielt und massvoll ein paar Korrekturen vorzunehmen und damit einige wichtige Akzente in ausgewählten Bereichen zu setzen. Denn wir dürfen nicht vergessen: Was sollen wir morgen ernten, wenn wir heute nicht investieren? Wie Benjamin Franklin bereits zu sagen pflegte: "Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen." Die Kommission empfiehlt Ihnen deshalb, auf die Vorlage einzutreten, überall die Mehrheit zu unterstützen und die Minderheitsanträge abzulehnen.

Roth Pasquier Marie-France (M-E, FR), pour la commission: Tous les quatre ans, le Conseil fédéral présente au Parlement un message concernant l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation (message FRI). Il y dresse le bilan de la période en cours et fixe les objectifs et les mesures pour la nouvelle période. La Suisse doit rester à la pointe de la formation, de la recherche et de l'innovation et, pour ce faire, le





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2024 • Dritte Sitzung • 29.05.24 • 08h00 • 24.031
Conseil national • Session d'été 2024 • Troisième séance • 29.05.24 • 08h00 • 24.031



Conseil fédéral prévoit des dépenses d'un montant de 29,2 milliards de francs pour les années 2025 à 2028. Ces investissements doivent permettre à la Suisse de maintenir son excellence dans le domaine FRI, qui est fondamentale pour la prospérité du pays.

Le message FRI 2025–2028 est le premier message FRI à avoir été soumis à une procédure de consultation publique, qui a connu une forte participation. Il ressort de cette consultation que les orientations générales du message sont, dans l'ensemble, bien accueillies. En revanche, une majorité d'acteurs estime que le volume financier prévu est insuffisant. Avant même d'être examiné par la commission, le message FRI 2025–2028 a en effet été marqué par trois coupes budgétaires en raison de la situation budgétaire tendue de la Confédération: deux au début de l'année 2023 et une autre au début de l'année 2024. Par rapport au projet mis en consultation, le volume des dépenses a été réduit de 500 millions de francs. En raison des risques financiers qui subsistent, les plafonds de dépenses et les crédits d'engagement proposés ne constituent que des limites supérieures qui ne peuvent être épuisées qu'en cas d'évolution positive de la situation budgétaire.

Avec cette réduction, les investissements de 2025 sont inférieurs à ceux de 2024. Afin d'éviter cette situation de "stop and go", la majorité de la Commission des finances du Conseil national a, malgré la situation tendue, recommandé d'augmenter les plafonds de dépenses pour la formation professionnelle, les hautes écoles universitaires et spécialisées, les EPF et les institutions d'encouragement de la recherche de 145,7 millions de francs au total, ce qui représente un taux de croissance nominal moyen de 1,7 pour cent au lieu des 1,6 pour cent, comme le prévoit le Conseil fédéral. Cette recommandation reflétait la conviction de la majorité de la commission selon laquelle des investissements supplémentaires dans la formation et la recherche sont essentiels afin de maintenir et renforcer la compétitivité internationale de la Suisse.

Une minorité I (Schilliger) de la Commission des finances considère toutefois que cette augmentation des moyens n'est pas appropriée compte tenu des contraintes budgétaires et propose d'en rester aux montants prévus par le Conseil fédéral, alors qu'à l'opposé, une minorité II (Fehlmann Rielle) demande un taux de croissance nominal moyen de 2 pour cent. Cette divergence de vues illustre la tension entre la responsabilité financière et la recherche de l'excellence dans la formation et la recherche, un défi auquel la Suisse est confrontée dans la mise en oeuvre de ses stratégies à long terme dans ces domaines.

Les douze arrêtés fédéraux proposés dans ce message sont destinés à financer des mesures en faveur de la formation professionnelle, de la formation continue, des hautes écoles, de l'encouragement de la recherche et de l'innovation. Ils sont complétés par des modifications ponctuelles de quatre lois, la loi fédérale sur la formation professionnelle, la loi sur les EPF, la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles et la loi fédérale sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation.

Pour les années 2025 à 2028, le Conseil fédéral axe sa politique FRI autour de quatre thèmes généraux: la numérisation, le développement durable, l'équité et la coopération nationale et internationale. L'accent est mis sur l'encouragement compétitif de la recherche et de l'innovation au travers du Fonds national suisse, d'Innosuisse et des Académies suisses des sciences. Les crédits liés à des accords de droit international ainsi que ceux relatifs aux programmes de l'Union européenne pour la recherche et l'innovation ne font pas l'objet de ce message.

La Commission de la science, de l'éducation et de la culture (CSEC) a débuté l'examen du message le 25 avril 2024. Elle a organisé des auditions avec les cantons et les principales organisations des domaines des hautes écoles, de la formation professionnelle, de la formation continue et de l'innovation. Elle s'est renseignée sur les principaux défis rencontrés par les acteurs, tels que le manque de main-d'oeuvre qualifiée en Suisse, et, par conséquent, sur la nécessité d'investir suffisamment de moyens financiers dans la formation continue. Elle a également abordé la question de l'augmentation du nombre d'étudiants et d'étudiantes dans les hautes écoles et de la pression internationale due à la non-association de la Suisse aux programmes Horizon Europe et Digital Europe.

Elle est entrée en matière à l'unanimité sur les projets de loi proposés, ainsi que sur l'ensemble des arrêtés fédéraux.

La CSEC-N a ensuite procédé à la discussion par article des douze arrêtés fédéraux et des modifications de lois lors de sa séance du 16 mai 2024. Elle y a traité 51 propositions et sa majorité a adopté le concept global de la majorité de la Commission des finances de notre conseil visant un taux de croissance nominal moyen de 1,7 pour cent, soit un montant de 145,7 millions de francs. Le but est de rétablir une sécurité de planification en réduisant les coupes prévues de manière ciblée et mesurée et en lissant les contributions sur l'ensemble de la période. Ce concept limite la hausse des investissements et cherche à les compenser là où c'est possible, notamment au niveau des taxes d'études. La commission a en effet conclu qu'une augmentation des frais d'inscription était nécessaire pour fournir des ressources financières supplémentaires aux établissements d'enseignement supérieur.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2024 • Dritte Sitzung • 29.05.24 • 08h00 • 24.031
Conseil national • Session d'été 2024 • Troisième séance • 29.05.24 • 08h00 • 24.031



La majorité de la commission a par ailleurs adopté des propositions supplémentaires pour un montant de 6,5 millions de francs, qui relèvent le plafond des dépenses, le portant à 152,2 millions de francs.

Outre ce concept d'augmentation de 1,7 pour cent, la commission a traité deux autres concepts, soit une augmentation linéaire de 2 pour cent de l'ensemble des dépenses, défendue par la minorité II (Brizzi), et une augmentation linéaire de 2,5 pour cent, défendue par la minorité I (Prelicz-Huber). Ces deux concepts sont toutefois restés minoritaires.

Nous y reviendrons dans le détail lors de la discussion par article.

Dans l'ensemble, nous pouvons affirmer que la commission a fait preuve de créativité afin de proposer des modifications sur mesure, dans des domaines choisis, qui pèsent le moins possible sur le budget fédéral. Cet équilibre entre discipline budgétaire et investissement dans l'avenir permet de poser les jalons afin que le pôle FRI en Suisse reste compétitif au cours des quatre prochaines années. La Suisse doit maintenir son excellence dans ce domaine fondamental pour sa prospérité.

La commission vous recommande donc d'entrer en matière sur le projet et de suivre systématiquement la majorité de la commission et de rejeter les propositions de minorité.

Giacometti Anna (RL, GR), per la commissione: Nella seduta del 7 maggio 2024, la Commissione delle finanze si è occupata del messaggio sulla promozione dell'educazione, della ricerca e dell'innovazione negli anni 2025–2028, del

AB 2024 N 857 / BO 2024 N 857

messaggio ERI, e in particolare dei disegni di legge dei decreti federali da 1 a 12.

Nell'ambito della procedura di corapporto secondo l'articolo 50 capoverso 3 della legge sul Parlamento, la commissione ha deciso, con 13 voti contro 12, di proporre alla Commissione della scienza, dell'educazione e della cultura così come al Consiglio nazionale, di aumentare, rispetto al disegno del Consiglio federale, il limite di spesa per il finanziamento della formazione professionale, del settore dei politecnici federali, delle scuole universitarie cantonali e delle istituzioni che promuovono la ricerca.

L'aumento complessivo massimo proposto per i prossimi quattro anni ammonta a 145,7 milioni di franchi e si basa su una proposta concettuale che permette di raggiungere un tasso di crescita nominale medio dell'1,7 per cento. Con questo aumento moderato a favore del settore ERI si vogliono evitare le conseguenze negative di una politica di "stop and go" e garantire la certezza di pianificazione. Il Consiglio federale propone una crescita media annua dell'1,6 per cento in termini nominali.

Alla luce della difficile situazione finanziaria della Confederazione, la minoranza Schilliger sostiene la proposta del Consiglio federale e chiede di non aumentare ulteriormente i fondi per il settore ERI. La minoranza Fehlmann Rielle vuole invece una crescita nominale del 2 per cento, come previsto dal Consiglio federale nell'ambito della procedura di consultazione, pari ad un innalzamento del limite di spesa in vari settori per un totale di 436,8 milioni di franchi.

Questa proposta è stata respinta dalla vostra commissione con 17 voti contro 8. La proposta Guggisberg, che vuole ridurre di 50 milioni di franchi i fondi destinati al settore dei politecnici federali, è stata respinta in commissione con 15 voti contro 9 e 1 astensione.

A titolo informativo vi comunico che la maggioranza della Commissione delle finanze ha chiesto alla Commissione della scienza, dell'educazione e della cultura di valutare un aumento delle tasse universitarie dei politecnici federali per gli studenti provenienti dall'estero. La maggioranza della commissione è del parere che questo aumento permetterebbe ai politecnici di generare maggiori entrate. Una minoranza della commissione teme che un aumento delle tasse universitarie metterebbe a repentaglio l'attrattiva che la Svizzera esercita sugli studenti stranieri, i quali contribuiscono a combattere la penuria di manodopera specializzata.

A nome della Commissione delle finanze vi chiedo di sostenere la proposta concettuale che vuole aumentare il limite di spesa di 145,7 milioni di franchi per il finanziamento della formazione professionale, del settore dei politecnici, delle scuole universitarie cantonali e delle istituzioni che promuovono la ricerca e di respingere tutte le minoranze.

Stadler Simon (M-E, UR), für die Kommission: Ihre FK hat die BFI-Botschaft anlässlich ihrer Sitzung vom 7. Mai 2024 beraten. Die Kommission verfasste dazu auch einen Mitbericht. Sie beantragt Ihnen mit 13 zu 12 Stimmen eine Erhöhung des Kredits. Wir beantragen ein nominales Wachstum von 1,7 Prozent statt des vom Bundesrat vorgesehenen Wachstums von 1,6 Prozent. Mit anderen Worten: Die Zahlungsrahmen für die Finanzierung der Berufsbildung, des ETH-Bereichs, der kantonalen Hochschulen und der Institutionen der Forschungsförderung sollen insgesamt um 145,7 Millionen Franken aufgestockt werden.





Hier ist vielleicht ein Blick zurück angebracht. Die Bildungsinstitutionen beantragten für die BFI-Botschaft 2025–2028 ein nominales Wachstum von 2,5 Prozent. Der Bundesrat sah dann in der Vernehmlassung ein nominales Wachstum von 2 Prozent vor. 103 von 110 Rückmeldungen bemängelten, dass die finanzielle Unterstützung mit einem Wachstum von lediglich 2 Prozent zu tief sei, für 2 Teilnehmende war das vorgeschlagene Wachstum eher zu hoch und für 5 genau richtig. 18 Kantone, die EDK und die GDK forderten ein nominales Wachstum von 2,5 Prozent oder mehr. Der Bundesrat beschloss jedoch entgegen diesem eindeutigen Vernehmlassungsergebnis, den Förderumfang der BFI-Botschaft nochmals um 0,4 Prozent auf 1,6 Prozent oder, anders gesagt, um 500 Millionen Franken zu kürzen. Eine Minderheit unserer FK erachtet eine Erhöhung im BFI-Bereich wegen des strukturellen Defizits im Bundeshaushalt als nicht angebracht.

Die FK lehnte eine Erhöhung des nominellen Wachstums auf 2 Prozent mit 17 zu 8 Stimmen ab. Eine solche hätte Mehrausgaben von rund 437 Millionen Franken zur Folge und war für die Mehrheit der Kommission nicht vertretbar. Mit 15 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung lehnte unsere Kommission auch eine Kürzung der Mittel für den ETH-Bereich um 50 Millionen Franken ab.

Sparmassnahmen oder ein kleineres Wachstum zu beantragen, ist nicht schön. Aber wir sind überzeugt, dass alle Bereiche einen Beitrag für eine Gesundheit unseres Bundeshaushaltes leisten müssen. Es ist einfach so: Man kann das Fell nicht waschen, ohne dass es nass wird. Wir reden ja hier nicht etwa von einer Kürzung, sondern von einem geringeren Wachstum. Die Kommission beantragt wie erwähnt ein Wachstum von 1,7 Prozent.

Um den Spielraum der ETH etwas zu erweitern, beantragt Ihre FK mit 14 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen, höhere Studiengebühren für Bildungsausländer im ETH-Gesetz festzulegen. Damit könnte die ETH zusätzliche Gelder generieren, welche ein geringeres Wachstum zumindest etwas kompensieren könnten. Eine Minderheit der Kommission lehnt die Erhöhung der Studiengebühren ab, da es für die Schweiz wichtig sei, auch für ausländische Studierende attraktiv zu bleiben und so etwas gegen den Fachkräftemangel unternehmen zu können.

Aebischer Matthias (S, BE): Ich spreche für die SP-Fraktion zur BFI-Botschaft, also zum Bildungsfinanzplan der nächsten vier Jahre, dem wohl wichtigsten WBK-Geschäft der laufenden Legislatur. Im Sinne der Transparenz möchte ich zu Beginn kurz meine Interessenbindungen deklarieren: Ich bin Präsident des Schweizerischen Verbandes für Weiterbildung, ich bin zudem seit zehn Jahren Präsident der OdA der Musikinstrumentenbauer und -bauerinnen, und ich unterrichtete 15 Jahre lang an der Universität Freiburg. Ich bin also sowohl ein Weiterbildungs- als auch ein Berufs- und ein Hochschulpolitiker, und es ist mir ein Anliegen, dass man bei der vorliegenden BFI-Botschaft nicht den einen Sektor gegen den anderen ausspielt. So viel zur Einleitung. Andere Länder haben viel Gold, Öl oder sonstige Rohstoffe. Die Schweiz hat primär einen Rohstoff: die Bildung. Das Bildungssystem der Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Wir haben das beste Bildungssystem der Welt. Wir haben die beste Forschung, die besten Universitäten, die beste Berufsbildung sowieso. Es ist von enormer Wichtigkeit, dass wir dazu Sorge tragen. Es kann also nicht sein, dass wir dieser immens wichtigen Ressource in unserem Land, der Bildung, nach und nach das Geld entziehen. Das wäre für unser Land fatal.

Leider aber haben wir in den letzten Jahren genau das getan. Der Bundesrat hat einschneidende Kürzungen beschlossen: 2 Prozent für das laufende Jahr und 1,4 Prozent für das nächste Jahr. Der Strategieexperte des SBFJ hat während der Beratung in der Kommission zugegeben, dass die Kürzungen in einigen Bereichen zu einer Absenkung geführt haben. Andere Personen, welche wir in der WBK-N angehört haben, sprachen gar von einer Erosion. Die Schweiz entzieht also in Zeiten, in welchen die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Hochschulen eh schwierig ist, den Forschungsanstalten das Geld und schwächt so die wichtigste Ressource unseres Landes. Dieses Vorgehen ist, mit Verlaub, absolut unsinnig, ich würde sogar sagen, es ist ruinös.

Die Folgen dieses Abbaus sind längst sichtbar. Die besten Professorinnen und Professoren haben unser Land verlassen, die Schweiz musste bei den grossen europäischen Projekten den Lead abgeben, unsere Vorzeigeforschungsanstalten wurden in den internationalen Rankings zurückgestuft, einige sind regelrecht abgestürzt. Das darf nicht sein. Tragen wir doch Sorge zur wichtigsten Ressource in unserem Land, tragen wir Sorge zum Bildungsstandort Schweiz.

Zum Schluss möchte ich Ihnen, Herr Bundesrat Parmelin, noch etwas mit auf den Weg geben. Sie haben entschieden, die BFI-Vorlage in die Vernehmlassung zu schicken. Das begrüsse ich natürlich. In dieser Vernehmlassung haben sich die Akteure der Schweizer Bildungslandschaft mit

AB 2024 N 858 / BO 2024 N 858

wenigen Ausnahmen kritisch geäussert und die Mittel als unzureichend taxiert. Detailliert listeten die verschie-





denen Institutionen und Verbände auf, was bei einer Absenkung auf der Strecke bleiben würde. Und was macht der Bundesrat nach der Vernehmlassung? Er senkt das BFI-Budget für die kommenden vier Jahre gar noch weiter, und zwar um eine halbe Milliarde Franken. Es ist nicht motivierend, Herr Bundesrat, die Akteure nach ihrer Meinung zu fragen und dann das Gegenteil zu tun. Bitte machen Sie das in vier Jahren besser. Dieses Mal ist die Art und Weise der Vernehmlassung ganz und gar nicht geglückt.

Die SP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und mit Unterstützung der Minderheiten versuchen, den Abbau in der Bildung – in der Berufsbildung, in der Weiterbildung, bei der Forschung und bei den Hochschulen – so weit wie möglich in Grenzen zu halten.

Revaz Estelle (S, GE): Certains pays ont de l'or, du gaz, du pétrole. La Suisse a la formation, la recherche, l'innovation. Il est donc extrêmement important que nous prenions soin de ces richesses, qui sont au centre de notre prospérité.

Dans son message relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation (message FRI), le Conseil fédéral formule les lignes directrices, les objectifs et les mesures de sa politique dans les domaines mentionnés, et cela pour les quatre prochaines années. Les débats ont concerné quelques modifications législatives ainsi que douze arrêtés fédéraux. Pour la toute première fois, le Conseil fédéral a mis en consultation son message FRI. Avant la consultation, il voulait augmenter les moyens de 2 pour cent en moyenne par rapport à la législature précédente. A quelques exceptions près, les acteurs du paysage FRI suisse se sont montrés critiques et ont jugé les moyens insuffisants. Les différentes institutions et associations ont d'ailleurs dressé une liste détaillée de tout ce qui serait laissé de côté si le message était voté en l'état. Le groupe socialiste regrette le coup de théâtre qui a suivi. Non seulement le Conseil fédéral n'a pas donné suite à ces revendications, mais il a même proposé de réduire les moyens d'un demi-milliard de francs. Avec une augmentation moyenne de 1,6 pour cent du budget, le Conseil fédéral a finalement décidé de se lancer dans la mise en oeuvre des douze arrêtés fédéraux avec un volume total de 29,2 milliards de francs. Evidemment, nous sommes conscients des difficultés financières de la Confédération. Mais économiser dans le domaine FRI a des conséquences. Ces dernières années, la Suisse a dû céder le leadership dans de nombreux grands projets. Nos établissements de recherche phares ont été distancés dans plusieurs classements internationaux. Les meilleurs professeurs quittent notre pays pour des endroits plus attractifs. Cela ne doit pas arriver.

Pour éviter que ce phénomène ne s'intensifie, le groupe socialiste aurait au moins souhaité que la Commission de la science, de l'éducation et de la culture de notre conseil propose de revenir à la version originale du message avec une augmentation globale des moyens de 2 pour cent. Nous regrettons infiniment que la majorité de la commission ait cédé à la pression des finances fédérales. Pour nous, la formation, la recherche et l'innovation doivent être au centre des priorités pour assurer un avenir prospère à notre pays.

Le groupe socialiste vous recommande cependant d'entrer en matière.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Die BFI-Vorlage ist für die Grüne Fraktion eine der zentralen Vorlagen, und wir sind selbstverständlich für Eintreten. Bildung ist eines der elementaren Menschenrechte, hilft bei der Integration in die Gesellschaft, macht ein besseres Leben möglich – vielleicht sogar Wohlstand – und ist sicher ein Mittel gegen Armut. Sie hilft gegen den Fachkräftemangel und damit der Wirtschaft. Dabei sind für uns die Chancengleichheit, der Zugang für alle und erschwingliche Bildung zentral. Ebenso zentral ist für uns, dass wir in allen Bildungsbereichen top oder, wie es der Bundesrat formuliert hat, führend bleiben. Gut gebildete Menschen, das ist die Ressource, die wir als Schweiz haben.

Es besteht aber in verschiedenen Bereichen Nachholbedarf. Dazu gehört die Chancengleichheit: Der Zugang zu einer guten Bildung steht und fällt noch immer mit dem Elternhaus, einschliesslich dessen finanzieller Situation. Wir brauchen deshalb dringend existenzsichernde Stipendien. Der Betreuungsschlüssel ist zu hoch, und im Bereich der Berufsbildung stehen noch immer sehr viele ohne Lehrabschluss da. Deshalb braucht es nicht zuletzt eine kostenlose Beratung und damit unser Ja zum Projekt Viamia. Es braucht aber auch einiges an Investitionen in die Nachqualifizierung, die oft immer noch teuer ist. Ganz zentral für uns ist auch Folgendes: Wir wollen all die Studierenden, wir wollen keine Beschränkung. Eine solche kann wohl nicht das Ziel sein. Es ist in unserem eigenen Interesse, Studierende zu haben. Es sollte eine Freude sein.

Gut gebildete Leute, ich habe es erwähnt, sind unsere Ressource für den anstehenden Technologiewandel, für andere Themen weltweit, die wir mit zu bewerkstelligen haben, oder gegen den Fachkräftemangel in der Schweiz. Wir wollen deshalb auch keine Erhöhung der Studiengebühren. Wir wollen Topleute, nicht nur die, die es sich leisten können.

Für uns ist klar: Der Finanzrahmen des Bundes ist ungenügend und faktisch eine Kürzung. Deshalb lautet unser Antrag durchgehend als Konzept: Es braucht mindestens 2,5 Prozent mehr. Das fordern auch die Kantone,





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2024 • Dritte Sitzung • 29.05.24 • 08h00 • 24.031
Conseil national • Session d'été 2024 • Troisième séance • 29.05.24 • 08h00 • 24.031



die Gewerkschaften, die Studierenden. Transfair fordert gar noch mehr, was berechtigt wäre. Wir wollen aber eine Stärkung aller Bereiche und kein Gegeneinander-Ausspielen, weil für uns alle Bereiche wichtig sind. Zentral sind dabei die Durchlässigkeit und die Möglichkeit, sich weiterentwickeln zu können. Das ist im Interesse der Wirtschaft und natürlich auch der Arbeitnehmenden. Die Erhöhung um 2,5 Prozent ist kein Ausbau, es sind keine neuen Prioritäten. Es ist einzig, und das ist wichtig, der Erhalt des Status quo und der Qualität in Anbetracht der höheren Zahl Studierender und in Anbetracht der Teuerung. Top bleiben zu wollen und faktisch eine Kürzung der Finanzen zu präsentieren, geht nicht zusammen. Wenn wir über die Schuldenbremse sprechen, ist auch unsere Erhöhung möglich, denn Bildung bedeutet Prävention und am Schluss Mehreinnahmen. Investieren wir einen Franken, so generieren wir damit fünf Franken. Wo sonst haben wir einen derart hohen Return on Investment? Gute Bildung generiert besseres Leben, weniger Armut, weniger Kosten bei den Sozialversicherungen und mehr Steuern – eine Win-win-Situation. Deshalb: Diskutieren wir über die Schuldenbremse, so geht es nicht nur um Ausgaben, sondern auch um Einnahmen. Wir bitten Sie deshalb, auf die Vorlage einzutreten und unseren Minderheiten zuzustimmen.

Fivaz Fabien (G, NE): La formation, la recherche et l'innovation sont au coeur du modèle de la réussite économique suisse. La Confédération y contribue de manière décisive: elle soutient la formation professionnelle, les hautes écoles, les institutions de recherche et les programmes d'innovation.

Si la Suisse a un taux de chômage des jeunes aussi bas, c'est grâce à la formation professionnelle initiale, qui prépare aux métiers de demain et fournit aux entreprises une main-d'oeuvre hautement qualifiée. Notre modèle est envié. Des délégations du monde entier visitent la Suisse précisément pour savoir comment nous faisons pour réussir si bien dans ce domaine, pour motiver les entreprises à engager des jeunes et à les former, mais aussi pour savoir comment fonctionnent nos passerelles qui permettent de rester au meilleur niveau en se formant tout au long de la vie.

Nos hautes écoles, qu'elles soient universitaires, spécialisées ou polytechniques, sont parmi les meilleures au monde, que ce soit au niveau de la formation ou de la recherche. Elles fournissent des personnes hautement qualifiées à l'économie et permettent l'innovation nécessaire pour relever les défis de notre temps. Mais tout n'est pas parfait non plus. Dans un système aussi compétitif, de nombreuses personnes rencontrent des difficultés au moment de la formation ou plus tard dans la vie, en particulier après une interruption de travail. Notre système est ainsi fait qu'il favorise les personnes les mieux formées, qui ont, à travers leur emploi, plus de facilité à trouver et financer leur formation continue. Pour

AB 2024 N 859 / BO 2024 N 859

les autres, les programmes existants sont aujourd'hui insuffisants. La Confédération doit contribuer de manière décisive à la formation tout au long de la vie.

Dans le domaine de l'innovation aussi, le modèle suisse est en danger. De récentes études ont montré que la capacité d'innovation des petites et moyennes entreprises diminuait rapidement. Confrontées à des coûts importants, à des technologies de plus en plus complexes et à la compétitivité internationale, nos PME peinent à innover. C'est aussi à la Confédération de jouer ici un rôle central, à travers le financement des centres de compétences technologiques ou le développement de programmes comme Innosuisse.

La consultation, qui a été conduite pour la première fois sur le message FRI, a montré l'ampleur des attentes et des besoins. En moyenne, pour maintenir les acquis, c'est-à-dire compenser la hausse des charges et accompagner la hausse des effectifs et des demandes, il faudrait en réalité une augmentation moyenne annuelle de plus de 2,5 pour cent. Avec l'augmentation de 1,6 pour cent proposée par le Conseil fédéral, ou de 1,7 pour cent proposée par la commission, nous sommes très loin de ce chiffre. Pour compenser, les cantons devront mettre la main au porte-monnaie et les hautes écoles, peut-être, diminuer la voilure.

C'est aussi la qualité de l'enseignement qui va diminuer. Ces dernières années, le taux d'encadrement des étudiantes et étudiants s'est largement dégradé. Aux niveaux bachelor et master, en dix ans, on est passé de 27 étudiantes et étudiants par enseignant en 2013 à plus de 35 aujourd'hui. Ces chiffres sont ceux du domaine des EPF. Pour les mettre en perspective, j'aimerais préciser qu'alors que le nombre des étudiantes et étudiants a augmenté de 29 pour cent les moyens alloués par la Confédération n'ont, eux, augmenté que de 13 pour cent. Pour pallier cette différence, l'EPFL va introduire un numerus clausus pour les étudiantes et étudiants étrangers. Nous allons peut-être, dans quelques instants, tripler les taxes d'études pour ces mêmes étudiants, comme le propose la commission, une proposition que le groupe des Verts vous demande de refuser. Non associé aux grands programmes européens Horizon Europe et Erasmus plus, notre système est de plus en plus marginalisé sur la scène internationale. Ce n'est pas le moment de lui imposer des économies drastiques. Nous entrerons évidemment en matière sur l'ensemble des arrêtés et nous vous proposons de soutenir notre



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2024 • Dritte Sitzung • 29.05.24 • 08h00 • 24.031
Conseil national • Session d'été 2024 • Troisième séance • 29.05.24 • 08h00 • 24.031



proposition d'augmenter globalement de 2,5 pour cent les moyens alloués au domaine FRI. C'est la seule proposition qui permette de maintenir notre attractivité et notre compétitivité. En réponse à la consultation, c'est la proposition de la majorité des cantons, c'est la proposition de la majorité des syndicats et de nombreuses associations économiques.

Merci de soutenir notre proposition.

Weber Céline (GL, VD): Je déclare tout d'abord mes intérêts: je suis présidente de la Conférence romande de la formation continue.

Pour le groupe vert/libéral, il a toujours été évident qu'une bonne formation est une base indispensable afin de permettre à chaque individu de participer de manière autonome à la société et à l'économie. La formation est indispensable pour mener une vie digne, et elle permet à tout un chacun d'assumer ses responsabilités et de jouer pleinement son rôle dans la construction sociale et la vie en société. La formation revêt une importance centrale dans une société libérale, dans laquelle on attend des individus qu'ils agissent de manière responsable.

Le paysage de la formation est très riche en Suisse et nous pouvons en être fiers. Notre système de formation professionnelle duale, par exemple, est considéré comme exemplaire bien au-delà de nos frontières. Notre pays dispose également d'un réseau de hautes écoles internationalement reconnues et d'un nombre important d'instituts de recherche d'importance nationale faisant de la Suisse un pays d'innovation dans de nombreux domaines. Enfin, dans un monde où par nature tout évolue, y compris les professions elles-mêmes, ou encore un monde dans lequel de plus en plus de personnes réorientent leur carrière professionnelle au cours de leur vie, par choix ou par obligation, il est également important de ne pas négliger la formation continue, aussi appelée formation tout au long de la vie, qui prend de plus en plus d'importance en Suisse. Et c'est une bonne chose. De nombreuses professions qui existaient hier n'existent plus aujourd'hui, et vice-versa. Or, il est primordial pour tout un chacun de pouvoir rester employable tout au long de sa vie, plutôt que de finir au banc de la société ou à l'aide sociale.

En clair, notre paysage de la formation, de la recherche et de l'innovation est riche et vaste et il doit le rester, car n'oublions jamais qu'en Suisse la principale matière première est la matière grise. Or, investir dans la formation, c'est investir dans l'avenir. Mais qui dit investissement dit également budget et finances. Je ne vous apprendrai rien en vous disant que les finances de la Confédération ne sont pas au beau fixe.

Le message FRI dont nous débattons aujourd'hui a ceci de particulier qu'entre sa mise en consultation et son traitement en commission, que ce soit dans la Commission des finances, mais aussi et surtout dans la Commission de la science, de l'éducation et de la culture, entre ces deux échéances, le Conseil fédéral s'est vu dans l'obligation de réduire les dépenses. Ainsi, l'immense majorité des réponses à la consultation, qui de facto exigeaient une augmentation des moyens financiers, ont dû être partiellement ignorées par les commissions au cours de leurs travaux puisque les moyens à disposition ont été réduits. Bien sûr, ceci est regrettable.

Ceci étant, pour le groupe vert/libéral, la notion de durabilité, qui nous est si chère, se comprend aussi au niveau économique. Or, il ne serait pas responsable de faire comme si de rien n'était et de maintenir l'augmentation de 2 pour cent initialement prévue au moment de la consultation, quitte à laisser des dettes aux suivants. Nous avons donc opté pour une version intermédiaire entre le 1,6 pour cent de croissance proposé par le Conseil fédéral et les 2 pour cent de croissance initialement prévus, mais en restant globalement, c'est vrai, plus proche de la version du Conseil fédéral. En effet, nous consentirons à certaines augmentations qui vont au-delà de celles proposées par le Conseil fédéral, comme dans la formation professionnelle ou la formation continue, mais nous nous engageons également en faveur de certaines réductions, notamment là où le Conseil fédéral prévoyait la mise en place de nouveaux programmes, comme le programme Swissnex in Switzerland par exemple, qui ne nous semble en rien prioritaire pour le moment.

En outre, nous allons aussi accepter l'augmentation de l'écolage pour les étudiantes et les étudiants étrangers. Nous sommes conscients de briser ici un tabou, mais il faut savoir que l'écolage demandé à ces étudiants resterait très bas en comparaison internationale, même après l'augmentation. Cela nous paraît donc tout à fait acceptable et cohérent en période de difficultés budgétaires.

En conclusion, le groupe vert/libéral accepte bien entendu l'entrée en matière et suivra partout la majorité, ce qui conduit ainsi à une augmentation d'environ 1,7 pour cent contre 1,6 pour cent pour le projet du Conseil fédéral. En revanche, je l'ai dit, nous n'accepterons pas de hausses du budget plus importantes, qui avoisineraient globalement les 2 pour cent, comme c'était initialement prévu au moment de la consultation.

J'aurai l'occasion d'évoquer plus en détail notre position sur les principaux arrêtés lors du débat par blocs. Pour l'instant, je vous remercie de bien vouloir soutenir vous aussi l'entrée en matière sur ce message si important pour la Suisse.



Gredig Corina (GL, ZH): Andere Länder haben Rohstoffe wie beispielsweise Erdöl, die Schweiz hingegen ist ein rohstoffarmes Land. Zu Recht und mit Stolz weisen wir immer wieder darauf hin, dass Bildung der entscheidende Rohstoff für den Erfolg der Schweiz ist. Allerdings sind Bildung und unser ausgezeichnetes Bildungssystem nicht einfach gottgegeben und vom Himmel gefallen. Vor vier Generationen bot die Schweiz ein komplett anderes Bild, als wir es heute kennen.

Die Schweiz war lange Zeit ein mausarmes Land, und bis zum Jahr 1888 hatte sie einen negativen Wanderungssaldo. Die Schweiz war also ein Auswandererland. In jener Zeit

AB 2024 N 860 / BO 2024 N 860

gab es sogar einen Artikel in der Bundesverfassung, der die Auswanderung steuerte – heute kaum mehr vorstellbar. Mit der Industrialisierung kam die Wende; die Wirtschaft begann zu wachsen. Ein bedeutender Grund für dieses Wachstum war die kontinuierliche Investition in die Köpfe, in die Bildung. Es wurde erkannt, dass gut ausgebildete Fachkräfte notwendig sind, um die technischen und organisatorischen Herausforderungen der industriellen Revolution zu bewältigen. Dies war die Geburtsstunde des dualen Bildungssystems, das bis heute ein Erfolgsmodell ist.

In der Schweiz hat dieses System, das theoretische Ausbildung an Berufsschulen und praktische Ausbildung in Betrieben kombiniert, eine lange Tradition. Es ermöglicht den Jugendlichen schon früh, praktische Erfahrungen zu sammeln und gleichzeitig eine fundierte schulische Bildung zu erhalten. Wir hören es immer wieder, wenn wir ins Ausland gehen: Das duale Bildungssystem wird international als Vorbild betrachtet. Viele Länder versuchen, etwas Ähnliches zu implementieren.

Auch auf unsere Hochschullandschaft können wir zu Recht stolz sein. Unsere Hochschulen entsprechen den höchsten Standards und geniessen weltweit hohes Ansehen. Institutionen wie die ETHZ oder die EPFL gehören zu den besten der Welt und ziehen Talente aus der ganzen Welt an. Diese Bildungsstätten tragen wesentlich zur Innovationskraft des Landes bei, indem sie sowohl Grundlagenforschung machen als auch angewandte Wissenschaft auf höchstem Niveau betreiben.

Die kontinuierliche Verbesserung und Anpassung des Bildungssystems an die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Wirtschaft ist essenziell. Gerade in Zeiten der Digitalisierung und, damit verbunden, der sich rasch wandelnden Arbeitswelt ist es wichtig, dass das Bildungssystem flexibel bleibt und neue Entwicklungen aufgreifen kann. Initiativen zur Förderung der Mint-Fächer – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik –, der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens sind daher von grosser Bedeutung.

Es ist klar, dass Bildung nicht nur ein individueller Vorteil ist, sondern eben ein gesellschaftlicher Wert. Eine gut gebildete Bevölkerung kann die Herausforderungen der Zukunft besser meistern. Daher müssen wir weiterhin in die Bildung investieren, so, wie das auch vor vier Generationen gemacht wurde. Wir müssen sie fördern und dafür sorgen, dass unsere Bildungslandschaft auch auf höchstem Niveau bleiben kann.

Abschliessend möchte ich betonen, dass die Schweiz trotz ihrer geografischen und rohstofflichen Begrenzungen immer wieder gezeigt hat, dass Wissen und Bildung die mächtigsten Werkzeuge sind, um Wohlstand und Fortschritt zu sichern. Dieses Erkenntnis muss uns antreiben, um auch in Zukunft mit Entschlossenheit und eben auch mit Weitblick in unsere Bildungssysteme zu investieren. Genau mit dieser Brille wird die Grünliberale Fraktion die BFI-Botschaft behandeln.

Die Grünliberale Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und im Sinne einer moderaten Erhöhung der Investitionen in das Bildungssystem und in unsere Forschung überall der Kommissionsmehrheit folgen.

Riem Katja (V, BE): Die Hochschul-, Forschungs- und Bildungslandschaft in der Schweiz ist eine von wenigen und eine der wichtigsten Ressourcen unseres Landes; wir haben es gehört. Sie bildet die Basis für eine florierende Wirtschaft, ein gutes Zusammenleben und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Auch wir als SVP-Fraktion sind der Meinung, dass dazu Sorge getragen werden muss. Wir erlauben uns aber, die Scheuklappen zu öffnen, mit beiden Füßen auf dem Boden zu bleiben und die Bildung in einen grösseren Zusammenhang zu stellen.

Es gilt deshalb – das sind wir der Schweizer Bevölkerung eben auch schuldig –, die Balance zwischen einem gesunden Finanzhaushalt und angemessenen Investitionen im BFI-Bereich zu finden. Denn, und ich erinnere gerne noch einmal daran, jeder Franken, den wir hier im Parlament ausgeben, muss zuerst verdient werden. In den letzten Perioden durfte der BFI-Bereich stets von sehr guten finanziellen Wachstumsraten profitieren und entsprechend wachsen. Dieses sehr schnelle und grosse Wachstum wurde von der SVP-Fraktion schon länger kritisch beobachtet, da es immer auch zu beurteilen gilt, wie wirksam die Gelder eingesetzt werden und ob sie, wie eben erwähnt, in der Balance mit den Bundesfinanzen stehen. Insbesondere bei der letzten Botschaft war das Wachstum so hoch angesetzt, dass es aus unserer Sicht nicht mehr tragbar war, weshalb



wir einen Nichteintretensantrag stellten.

Die heutige Situation ist eine andere. Der Bundesrat gelangt hier mit einer angemesseneren Botschaft an uns, die die Schuldenbremse und den aktuell angespannten Finanzhaushalt besser berücksichtigt. Das freut uns sehr, und wir gratulieren dem Bundesrat zum Mut, auch in diesem Bereich den Rotstift anzusetzen.

Die vergangenen Abstimmungen und die damit beim Bund eingegangenen Forderungen stellen aber eine neue, noch höhere Hürde in den Weg, weshalb wir der klaren Meinung sind, dass noch einmal ein zusätzlicher Sparaufwand betrieben werden muss. Die SVP-Fraktion ist nach verschiedenen interessanten Gesprächen mit den wichtigsten Ansprechpartnern überzeugt, dass die Institutionen wie auch die Kantone in der Lage sind, mit Effizienzgewinn und Priorisierungen diese Massnahmen zu tragen, ohne dass die Qualität der Bildung und Forschung leiden wird.

Wir beantragen entsprechend eine Plafonierung der Ausgaben auf dem Stand von 2021 bis 2024, was eine Kürzung von total rund 1,2 Milliarden Franken über die zwölf Entwürfe bedeutet. Insbesondere möchten wir dabei einmal mehr den Mechanismus zwischen stark gebundenen und nicht gebundenen Ausgaben erwähnen. Bestimmen wir hier im Parlament eine Erhöhung bei der BFI-Botschaft, so muss einmal mehr bei den nicht gebundenen Ausgaben gespart werden; darunter leiden beispielsweise der Regionalverkehr und die Regionalentwicklung, die Landwirtschaft und die Armee. Eine solche Entwicklung erachten wir in diesem Falle zwar als notwendig, aber auch als sehr gefährlich.

Im Sinne einer gesunden und wirtschaftlichen Bildung und ausbalancierter Bundesfinanzen freuen wir uns, wenn Sie unseren Anträgen folgen. Die SVP-Fraktion unterstützt das Eintreten auf die Vorlage.

Freymond Sylvain (V, VD): Les différents débats concernant le message FRI ont été très nombreux et très intéressants. Ces secteurs d'activité sont des piliers essentiels pour la prospérité actuelle et surtout future de notre pays. La formation duale, notamment, a fait ses preuves depuis longtemps. Le groupe UDC soutient depuis toujours ces secteurs. Malheureusement, la situation actuelle des finances fédérales nous oblige à diminuer certains coûts. Le message FRI du Conseil fédéral va d'ailleurs dans cette direction. Pour le groupe UDC, il est indispensable de prendre des mesures d'économie supplémentaires.

Nous avons la chance d'avoir deux écoles polytechniques de grande valeur en Suisse. La qualité de l'enseignement dans ces hautes écoles est reconnue, et ces écoles jouissent d'une solide réputation internationale. Le nombre d'étudiants est en forte hausse et ne peut pas continuer à augmenter sans cesse. La proportion du nombre d'étudiants étrangers augmente chaque année. Pour pouvoir continuer à former et ensuite à intégrer dans le monde économique les étudiants de ces écoles, ces derniers doivent avoir, entre autres, accès à suffisamment de laboratoires pour les travaux pratiques et suffisamment de salles de classe. Les limites sont déjà atteintes actuellement. Pour garantir l'accès à ces hautes écoles aux étudiants suisses, nous devons trouver des solutions. Le groupe UDC vous propose donc d'augmenter fortement la taxe d'études uniquement pour les étudiants étrangers, sans augmenter la taxe pour les étudiants suisses.

Je vous propose de soutenir les différentes propositions du groupe UDC afin de soutenir l'effort de réduction des coûts qui est nécessaire.

Sauter Regine (RL, ZH): Die Erkenntnis, dass Bildung, Forschung und Innovation für ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz die wichtigsten Ressourcen sind, ist nicht neu. Es ist denn auch kein Zufall, dass unser Land in internationalen Innovationsrankings immer an vorderster Stelle steht und dass

AB 2024 N 861 / BO 2024 N 861

Schweizer Lernende an den World Skills immer zu den Gewinnerinnen und Gewinnern zählen. Wir verdanken dies auch einer klugen Bildungspolitik, einer zielgerichteten Hochschulstrategie und der Förderung von Forschung und Innovation.

Bildung und Innovation sind zudem die Grundlage einer erfolgreichen Schweizer Wirtschaft, Voraussetzung für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft und letztlich auch die Basis des Wohlstandes unseres Landes. In diesem Bereich getätigte Investitionen zahlen sich also mehrfach aus. Der Erfolg unseres Bildungssystems und unserer Hochschulen sowie unserer Jungunternehmer zeugt davon.

Und schliesslich: Angesichts des demografischen Wandels und der Tatsache, dass ab 2030 Hunderttausende von Menschen den Arbeitsmarkt verlassen und in Pension gehen werden, ist es von höchster Priorität, dass wir im Inland die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, um diese Lücken mit geeigneten und kompetenten Menschen so weit als möglich selber füllen zu können.

Die BFI-Botschaft, die wir heute beraten, ist deshalb eine für den Bund und die Kantone zentrale Vorlage, weil sie den Bildungsplatz Schweiz nachhaltig prägt und dessen Weiterentwicklung definiert. Die Frage, wie gross





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2024 • Dritte Sitzung • 29.05.24 • 08h00 • 24.031
Conseil national • Session d'été 2024 • Troisième séance • 29.05.24 • 08h00 • 24.031



der Umfang der staatlichen Finanzierung unseres Bildungs- und Innovationssystems sein soll, gibt denn auch alle vier Jahre Anlass zur Diskussion, so auch dieses Mal mit Blick auf die nächste Förderperiode.

Die Akteure haben dem Bund ihren Bedarf dargelegt bzw. ihre Wunschzettel präsentiert. Überall war die Forderung nach zusätzlichen Mitteln zu hören, die auch sehr gut begründet wurde. Insbesondere wurde auf höhere Schüler- und Schülerinnen- sowie Studenten- und Studentinnenzahlen verwiesen, ebenso auf die Teuerung und auf neue, wichtige Projekte. Insbesondere wurde auch auf die internationale Anschlussfähigkeit verwiesen, die erreicht werden soll. Neu ist, dass sich die finanziellen Rahmenbedingungen des Bundes in den nächsten Jahren eher prekär präsentieren. Diese Situation gibt Anlass zum Überdenken sämtlicher Ausgaben des Bundes und zur Überprüfung auf ihre Effizienz, ihren Sinn und ihre Effektivität.

Die Schlussfolgerungen, die der Bundesrat in Bezug auf den BFI-Bereich zieht, sehen wir in der uns heute vorliegenden BFI-Botschaft. Sie führen zu einem markant tieferen Ausgabenwachstum als ursprünglich vorgesehen. So sah der Rahmen der Vernehmlassungsvorlage ein Wachstum von gesamthaft 2 Prozent vor, die verabschiedete Botschaft nur noch eines von 1,6 Prozent.

Bis zu einem gewissen Grad kann man dies angesichts der veränderten finanziellen Rahmenbedingungen nachvollziehen. Allerdings liegen die vorgesehenen Beträge bei allen Institutionen unter deren Anträgen, zum Teil massiv. Das macht überall in grösserem oder kleinerem Umfang eine Verzichtplanung notwendig, was an gewissen Orten besser und an anderen Orten weniger gut möglich ist.

Für die FDP-Liberale Fraktion ist klar, dass sich das Arbeiten mit einem vierjährigen Zahlungsrahmen bewährt hat. Dadurch ergibt sich für die Akteure im BFI-Bereich eine gewisse Planungssicherheit, was wertvoll ist. Wir haben angesichts des reduzierten Zahlungsrahmens jedoch Zweifel daran, ob die angestrebten Ziele im BFI-Bereich bis 2028 erreicht werden können.

Sollen in der Berufsbildung und an den Hochschulen ausreichend Fachkräfte ausgebildet werden, können nicht gleichzeitig die dafür benötigten finanziellen Mittel substanziell gekürzt werden; so gibt insbesondere der nominelle Einbruch, der sich bereits im laufenden Jahr, vor allem dann aber 2025 abzeichnet, Anlass zur Sorge. Effektiv könnte es zur Situation kommen, dass gewisse Institutionen im nächsten Jahr real weniger Mittel zur Verfügung haben als heute. Das bedeutet eben das Gegenteil von Planungssicherheit und ist für viele Institutionen schwierig zu prästieren. Der Einbruch widerspricht aber auch dem genannten Ziel, in diesem Bereich von einer Stop-and-go-Politik wegzukommen.

Vor diesem Hintergrund ist es uns wichtig, gezielte – ich betone: gezielte – Anpassungen am Entwurf des Bundesrates vorzunehmen. Das Konzept der Mehrheit Ihrer WBK hat einen Kompromiss aus massvollen Aufstockungen an einzelnen Stellen und vertretbaren Kürzungen an anderen Stellen zum Ziel. Dieses Ziel erreicht es. Im Ergebnis führt das zu einem Wachstum von rund 1,7 Prozent über die nächsten vier Jahre. Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt dieses Konzept.

Ich möchte einen Punkt noch speziell hervorheben, nämlich die vom Bundesrat vorgesehene Kürzung im ETH-Bereich. Diese scheint uns besonders problematisch. Es zeichnet sich hier die reelle Gefahr ab, dass die Institutionen des ETH-Bereichs ihre Initiative im Bereich der künstlichen Intelligenz nicht weiterführen können. Die Verantwortlichen haben uns aufgezeigt, wo sie bereits selber Einsparungen in ihrem Budget vorgenommen haben und dass sie zudem auf Reserven zurückgreifen. Die durch die Kürzung der Bundesmittel verbleibende Lücke könnten die Institutionen deshalb nicht aus eigener Anstrengung füllen, wenn nicht spürbare Abstriche an Forschung und Lehre erfolgen sollen.

Die ETH-Institutionen sind die einzigen Forschungs- und Bildungseinrichtungen, welche vollständig vom Bund getragen werden. Es rechtfertigt sich aus unserer Sicht deshalb hier besonders, ein Augenmerk auf ihre Finanzierung zu legen. Gerade im ETH-Bereich ist der Anstieg der Studierendenzahlen und der damit verbundenen Kosten massiv. Zudem sind, wie erwähnt, grosse Forschungsvorhaben geplant, welche für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen entscheidend sind. Es ist deshalb richtig, dass die Kürzung um 100 Millionen Franken bei den ETH wieder rückgängig gemacht wird, wie dies der Antrag der Mehrheit Ihrer WBK-N vorsieht.

Wir sind aber auch der Ansicht, dass die ETH selber noch einen zusätzlichen Beitrag zur Generierung von Mehreinnahmen leisten können. Wir unterstützen deshalb eine Erhöhung der Gebühren für ausländische Studentinnen und Studenten, die zum Zweck des Studiums in die Schweiz kommen. Auch mit einer Verdreifachung der Gebühren wären die ETH noch deutlich günstiger als ihre Konkurrentinnen im Ausland. Die Gefahr, dass sich dadurch die besten Köpfe von einem Studium in der Schweiz abhalten lassen, wie nun als Gegenargument ins Feld geführt wird, sehen wir als gering an.

Ich komme zum Schluss: Die FDP-Liberale Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und mehrheitlich der Mehrheit der Kommission folgen. Eine klare Absage erteilen wir den Anträgen von linker Seite, die auf ein Ausgabenwachstum von 2 oder sogar 2,5 Prozent hinauslaufen würden. Ein solches Wachstum wäre angesichts





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2024 • Dritte Sitzung • 29.05.24 • 08h00 • 24.031
Conseil national • Session d'été 2024 • Troisième séance • 29.05.24 • 08h00 • 24.031



der finanziellen Situation des Bundes verantwortungslos. Ebenso wenig werden wir die Kürzungsanträge aus der SVP-Fraktion unterstützen. Wenn man der Meinung ist, dass es mehr inländische statt ausländische Arbeitskräfte braucht, dann muss man Hand dazu bieten, diese auch selber auszubilden, und das kostet. Ich bitte Sie, hier konsistent zu sein. An einigen Stellen haben wir zusätzlich eigene Anträge eingereicht. Auf diese werden wir in der Detailberatung zu sprechen kommen. Ich danke Ihnen, wenn Sie uns folgen.

Durrer Regina (M-E, NW): Es ist mir als Berufsschullehrerin eine Freude, dass mit den verschiedenen Klassen auf den Tribünen heute, da wir diese wichtige Vorlage beraten, Direktbetroffene anwesend sind.

Auch die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP unterstützt das Eintreten auf die Vorlage klar. Mit der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation legen wir den finanziellen Grundstein für die Bildung ab Sekundarstufe II für die nächsten vier Jahre.

Wir haben es bereits gehört: Bildung ist unser wichtigster Rohstoff und die Grundlage für Wohlstand, Wohlfahrt und unseren demokratischen Staat. Forschung bringt neue Erkenntnisse und ist die Basis für Innovation, welche unsere Wirtschaft leistungsfähig macht. Nicht umsonst sind wir in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation weltweit führend. Es ist sowohl national als auch international wichtig, den hohen Stellenwert dieser Bereiche zu erhalten und zu fördern. Dies erfordert Arbeit und die notwendigen Mittel, die effizient eingesetzt werden sollen.

Diese Mittel stammen nicht nur vom Bund, sondern auch von Kantonen und Privaten. Die Zusammenarbeit dieser Akteure

AB 2024 N 862 / BO 2024 N 862

ist entscheidend für unser erfolgreiches Bildungs- und Forschungssystem. Jeder hat seine Aufgaben und Verantwortungen, und gemeinsam müssen wir Bildung, Forschung und Innovation voranbringen.

Im Herbst hat der Bundesrat den verschiedenen Akteuren einen Vernehmlassungsentwurf zugestellt, der eine Erhöhung der jetzigen Ausgaben um 2 Prozent vorsah, begründet mit Wachstum, punktuellen Projekten und Inflation. Die Rückmeldungen der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer waren verhalten positiv, da die Inflation die 2 Prozent wegfrisst, sodass für strukturelle Weiterentwicklungen oder Herausforderungen aufgrund steigender Schüler- und Studentenzahlen wenig bis gar nichts übrig geblieben wäre.

Anfang Jahr wurde die Botschaft im Rahmen der Querschnittkürzungen als Folge des angespannten Finanzhaushaltes auf eine durchschnittliche Erhöhung von nur noch 1,6 Prozent gekürzt. Auch wenn solche Kürzungen effizient sind, sind die Auswirkungen doch nicht in allen Bereichen gleich stark spürbar. Deshalb fordert sowohl die Mehrheit der FK-N als auch jene der WBK-N mittels Konzeptantrag, dass gezielt dort, wo die Kürzungen des Bundesrates zu massiven Qualitätseinbussen führen würden, die Mittel erhöht werden, und zwar, über alles gesehen, um 1,7 Prozent.

Die wichtigsten Eckpfeiler der Botschaft und des Konzeptantrages möchte ich Ihnen nun kurz erläutern: Dank unseres dualen Systems ist die Schweizer Berufsbildung international ein Vorzeigemodell. Finanziert wird sie hauptsächlich durch die Kantone, unterstützt von Pauschalbeiträgen des Bundes. Diese sollen gemäss Konzeptantrag um gut 23 Millionen Franken erhöht werden. Die Grundbeiträge an die universitären Hochschulen und an die Fachhochschulen sollen um rund 55 Millionen erhöht werden, wobei gleichzeitig die Beiträge für Bauinvestitionen und -projekte um den gleichen Betrag gekürzt werden sollen. Für die ETH, eine der besten Universitäten weltweit, soll ein zusätzlicher Finanzierungsbeitrag von 100 Millionen Franken bereitgestellt werden, um beispielsweise ihre Initiative im Bereich der künstlichen Intelligenz weiterzuführen.

Aufgrund des Ausschlusses aus Horizon ist es umso wichtiger, Forschungsprojekte für unsere Studierenden zu ermöglichen. Daher sollen 0,6 Millionen Franken mehr für die Akademien der Wissenschaften Schweiz und 21,7 Millionen Franken mehr für den Schweizerischen Nationalfonds in die Botschaft aufgenommen werden.

In Zeiten des lebenslangen Lernens sollen auch für die Weiterbildung 1,5 Millionen Franken mehr bereitgestellt werden als im Entwurf des Bundesrates vorgesehen. Zudem sollen 9 Millionen Franken in die BFI-Botschaft aufgenommen werden, um die Bereitstellung der Vorhalteflächen für den Innovationspark durch die Kantone mitzufinanzieren.

All diese Anträge kosten rund 150 Millionen Franken. Um diese Mehrkosten zu finanzieren, beantragt die Mehrheit der WBK-N, die Stipendien für ausländische Studierende moderat zu kürzen und die Studiengebühren für ausländische ETH-Studierende zu verdreifachen. Mit Studiengebühren von rund 4500 Franken pro Jahr wäre die ETH international immer noch eine der günstigsten Universitäten. Sie sehen: Es handelt sich um gezielte Anträge, die wir dort stellen, wo wirklich Bedarf besteht, und um gezielte Kompensationsanträge, die wir dort stellen, wo ohne allzu grosse Verluste etwas eingespart werden kann.

Man muss sich bewusst sein, dass es sich bei der BFI-Botschaft um einen Zahlungsrahmen handelt, also um



die Beträge, die in den nächsten vier Jahren maximal ausgegeben werden dürfen. In der Diskussion um die jährlichen Budgets muss von Jahr zu Jahr geschaut werden, wie wir ein schuldenbremsenkonformes Budget zustande bringen. Da die Ausgaben im Bildungsbereich zu den schwach gebundenen Ausgaben gehören, besteht somit die Gefahr, dass hier, wo es um die Qualität und die Zukunft unseres Landes geht, gespart wird. Deshalb dürfen wir den Zahlungsrahmen nicht so ansetzen, dass die Qualität der Bildung mittel- und langfristig leidet.

Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP unterstützt die BFI-Vorlage mit den erwähnten Erhöhungs- und Kompensationsanträgen und befürwortet das Eintreten. Sie betont die grosse Wichtigkeit von Bildung, Forschung und Innovation für unser Land. Gleichzeitig setzt sich die Fraktion dafür ein, dass die Mehrausgaben innerhalb des Bereiches kompensiert werden müssen.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Dans le contexte de l'adoption du message sur le programme de la législation, le Conseil fédéral soumet à l'Assemblée fédérale les arrêtés financiers pluriannuels et périodiques de grande portée. Le Conseil fédéral vous soumet donc tous les quatre ans un message relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation, le message FRI. Avec ce message, qui concerne en l'occurrence la période 2025 à 2028, le Conseil fédéral tire un bilan de la période en cours et fixe les objectifs et les mesures de la période d'encouragement à venir. Il vous soumet au total douze arrêtés fédéraux pour un volume de dépenses de 29,2 milliards de francs pour la période FRI 2025 à 2028. Avec cette enveloppe, le Conseil fédéral poursuit un objectif clair: maintenir la Suisse à la pointe dans les domaines de la formation, de la recherche et de l'innovation.

Ce message FRI constitue le fondement d'un financement dans les domaines suivants. Premièrement, la formation professionnelle et la formation continue. Deuxièmement, les hautes écoles, c'est-à-dire le domaine des Ecoles polytechniques fédérales, les universités cantonales et les hautes écoles spécialisées. Troisièmement, la recherche et l'innovation, c'est-à-dire le Fonds national suisse, Innosuisse, les Académies suisses des sciences et les établissements de recherche dits d'importance nationale. Le financement de ces domaines est solide et équilibré, l'accent étant mis sur un encouragement de la recherche et de l'innovation, fondé sur le principe de la compétition.

Enfin, le Conseil fédéral vous soumet, par le présent message, des modifications de quatre lois fédérales, à savoir la loi fédérale sur la formation professionnelle, la loi fédérale sur les écoles polytechniques fédérales, la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles et la loi fédérale sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation.

Le message FRI n'inclut pas le financement nécessaire à l'association de la Suisse aux programmes de l'Union européenne dans le domaine FRI, notamment Horizon et Erasmus. Notre association à ces programmes fait actuellement, vous le savez, l'objet de négociations avec la Commission européenne.

Le message FRI n'inclut pas non plus le financement lié à des accords de droit international et à des contributions obligatoires pour la participation à des organisations et des infrastructures de recherche multilatérales. Il ne comprend pas non plus le financement de la recherche de l'administration fédérale, appelée la "Ressortforschung".

Dans le domaine FRI, la Suisse occupe une très bonne position sur le plan international. Dans de nombreux classements, la Suisse figure aux meilleures places. Le système FRI, soutenu conjointement par la Confédération, les cantons, les organisations du monde du travail et l'économie, est extrêmement performant. Le niveau de formation de la population suisse ne cesse d'augmenter depuis plusieurs années. Cette évolution contribue grandement à lutter contre la pénurie de personnel qualifié et à renforcer la compétitivité de notre économie.

Le taux de chômage en Suisse est bas, notamment grâce à des mesures de formation adaptées au marché du travail. Notre système dual de formation professionnelle – cela a été plusieurs fois rappelé –, orienté vers la pratique, suscite un intérêt dans le monde entier. Il constitue effectivement un atout majeur pour notre pays. Nos hautes écoles et nos activités de recherche sont également très réputées. En effet, dans notre pays, 6 étudiants sur 10 sont formés dans une université qui figure parmi les 200 meilleures universités du monde.

Le paysage suisse de la recherche est très compétitif à l'échelle internationale. Nous sommes l'un des pays les plus innovants grâce à l'encouragement public de l'innovation, qui fonctionne bien, et surtout grâce à notre économie performante et innovante.

AB 2024 N 863 / BO 2024 N 863

Cependant, nous faisons face à des défis majeurs. Premièrement, la pénurie de personnel qualifié est un défi mondial, en tout cas dans tous les pays occidentaux. Le système éducatif suisse se distingue par son haut



niveau de qualité et par son lien étroit avec le marché du travail. Ses caractéristiques profitent autant au monde du travail qu'aux individus eux-mêmes. D'une part, les offres de formation sont adaptées aux besoins du monde du travail. D'autre part, les individus ont le choix entre différentes possibilités de se former en fonction de leurs aptitudes et également de leurs centres d'intérêt.

La Confédération s'engage pour l'équivalence des voies de formation. Il importe non seulement de renforcer les différents profils de la formation professionnelle et de la formation générale, mais il s'agit aussi de préserver et d'améliorer la perméabilité dans le système.

Deuxièmement, il y a le défi de la coopération internationale. Dans le contexte géopolitique actuel, la Suisse doit développer la recherche et l'innovation en misant sur l'excellence et sur la mise en réseau international, et, pour ce faire, s'appuyer sur les trois axes suivants. Premièrement, l'accès aux infrastructures de recherche et la conclusion d'accords de coopération avec les pays partenaires. Deuxièmement, la participation à des organisations internationales. Troisièmement, la mobilité internationale en vue de favoriser les échanges d'idées et de talents entre les différents pays.

Troisièmement, nous rencontrons d'autres défis, tels que le changement climatique, l'approvisionnement énergétique, la transformation numérique et les questions de santé. Là aussi, le message FRI traite de ces défis. Les acteurs agissent en faveur de la société et de l'économie en apportant une contribution précieuse dans tous ces contextes. Divers thèmes cruciaux concernent tous les domaines du message FRI et sont à ce titre considérés comme prioritaires. Le message FRI porte en effet sur quatre thèmes transversaux majeurs, à savoir la numérisation, le développement durable, l'équité et la coopération nationale et internationale.

Ce message – cela a été rapporté par pratiquement tous les intervenants – pour la période 2025–2028 est le premier message FRI à avoir été soumis à une procédure de consultation. Dans le cadre de celle-ci, l'orientation générale adoptée par le message a été largement soutenue. Des critiques claires ont toutefois été formulées. En effet, la grande majorité des acteurs ayant pris position ont formulé des critiques, en particulier sur les dispositions financières. Pour beaucoup d'entre eux, les objectifs ambitieux que se fixe le Conseil fédéral ne pourront pas être atteints avec les moyens prévus.

Vous connaissez toutes et tous la situation des finances fédérales. Elle restera tendue ces prochaines années. Afin de pouvoir respecter le frein à l'endettement, le Conseil fédéral a dû et devra encore prendre, malheureusement, des décisions difficiles. C'est ainsi que, après la consultation, le volume des contributions prévues dans le message pour la période 2025–2028 a dû être réduit de 500 millions de francs. Il s'élève désormais – comme je l'ai dit au début de mon intervention – à 29,2 milliards de francs, ce qui représente 1,3 milliard de francs de plus que le montant prévu pour la période de financement actuelle. Le taux de croissance annuel est ainsi passé de 2 pour cent à 1,6 pour cent, et ce, en valeur nominale.

Cela signifie clairement que, en tenant compte du renchérissement, les moyens disponibles pourront plus difficilement répondre aux besoins générés par l'augmentation du nombre de participants dans tous les domaines de la formation. Mais c'est un fait: vu la situation financière et géopolitique actuelle, le besoin de priorisation et d'efficacité se fera encore plus pressant pour tous les acteurs FRI dans la période à venir.

J'en arrive à la conclusion de ce débat d'entrée en matière. La formation, la recherche et l'innovation sont et resteront essentielles à la prospérité de notre pays. Notre système FRI stable est l'un des facteurs du succès de la Suisse. Il est important non seulement pour chacun de nous, mais aussi pour l'ensemble de la société. Il faut donc continuer à en prendre soin. Le Conseil fédéral soumet au Parlement un message équilibré qui s'inscrit dans une perspective globale, qui consolide les acquis et qui met l'accent sur des domaines prometteurs.

J'aimerais encore, en conclusion, remercier les rapporteurs d'avoir relaté les enjeux ainsi que les objectifs du message de manière très détaillée, de l'avoir fait objectivement et aussi d'avoir décrit ce que les plafonds, tels qu'ils sont définis, permettent de maintenir et de créer pour le futur.

J'aimerais ajouter juste deux remarques par rapport à deux interventions différentes. Monsieur le conseiller national Aebischer, vous m'avez gentiment interpellé pour me dire qu'il faudrait procéder de meilleure manière dans quatre ans. J'en ai pris note. J'espère que nous aurons l'occasion, dans quatre ans – si l'Assemblée fédérale et les électeurs renouvellent notre mandat –, de travailler ensemble, avec une situation financière meilleure. Si ce n'est pas le cas, d'autres le feront certainement à notre place.

Madame la conseillère nationale Revaz, vous avez dit que certaines institutions ont perdu leur position de leader. Je suppose que vous faisiez allusion aux positions dans le cadre des projets Horizon Europe. Il s'agit d'une décision politique de l'Union européenne sur laquelle nous n'avons pas d'influence. Nous espérons corriger cela. Si vous faisiez référence à d'autres éléments, cela m'intéresserait de connaître le secteur auquel vous faisiez référence.

Dans votre intervention, vous avez dit que de nombreux professeurs quittent la Suisse. Si vous avez une liste à jour du nombre de professeurs et de secteurs qui ont quitté la Suisse, nous sommes preneurs. Cela nous



interessieret. Jusqu'à ce jour, je n'ai pas eu de demandes ou de remarques particulières, que ce soit des cantons ou des EPF, mais il y a toujours des mutations. Cependant, si vous avez une liste, c'est volontiers que nous en prendrons connaissance et que nous ferons en sorte que cela reste des cas isolés avec tous les moyens en notre possession.

Je vous prie, comme tous les groupes l'ont proposé, d'entrer en matière et de travailler sur ce projet essentiel pour le futur de ce pays.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Die Detailberatung wird bei diesem Geschäft in zwei Blöcke aufgeteilt. Sie haben eine Übersicht über den Ablauf der Debatte erhalten.

Block 1 – Bloc 1

Entwürfe 1–5, 13–15

Projets 1–5, 13–15

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Ich spreche jetzt zu verschiedenen Minderheiten, immer vor dem Hintergrund des Konzepts einer Zunahme der Mittel um 2,5 Prozent. Es geht um die Berufsbildung, um Beiträge an Fachprüfungen, um Beiträge für Studierende, um Weiterbildung, um Ausbildungsbeiträge, auch an die Kantone, die ETH, die Unis sowie die Fachhochschulen, und teilweise um die nötigen Bauprojekte und sonstigen Projekte. Eine 2,5-prozentige Erhöhung ist eine breit abgestützte Forderung der Praxis und eine Forderung seitens der Kantone. Es geht dabei nur, aber immerhin, um den Erhalt des Status quo mit gleichbleibender Qualität, unter Berücksichtigung der höheren Zahl von Studierenden und der Teuerung. Die Bildung – da gibt es anscheinend keine Meinungsdivergenz – ist die Ressource, die wir in der Schweiz haben. Warum dann nicht mehr finanziert wird, da wir hier einen hohen Return on Investment haben, verstehen wir nicht.

Lebenslanges Lernen ist heute zentral. Die Technologie ist dauernd in Entwicklung. Wir müssen dranbleiben, wollen wir nicht abgehängt werden. Und selten ist es heute so, dass jemand von Beginn des Berufslebens bis zur Pensionierung den gleichen Job ausübt. Viele Berufe gibt es schon gar nicht mehr. Zentral ist auch bei uns, wie wir das gehört haben, als Basis eine gute Berufsbildung. Zuerst wird die Lehre absolviert, danach besteht die Möglichkeit der Weiterqualifizierung über höhere Fachschulen oder Fachhochschulen. Wichtig ist

AB 2024 N 864 / BO 2024 N 864

ihre Nähe zur Praxis, was in der Wirtschaft sehr gefragt ist. Wir haben hier also eine riesige Erfolgsgeschichte. Trotzdem gibt es Nachholbedarf.

Das Ziel des Bundes, dass 95 Prozent der jungen Menschen mindestens eine Lehre absolviert haben sollen, haben wir nicht erreicht. Und was ist mit den restlichen 5 Prozent? Auch diese sollen eine gute Perspektive haben und anschliessend weiterführende Ausbildungen an höheren Fachschulen oder Fachhochschulen oder Weiterbildungen für Erwachsene. Auch hier gibt es ein grosses Potenzial, das nicht wirklich genutzt wird. Viele Arbeitnehmende möchten sich weiterbilden, können aber nicht. Das liegt nicht an ihrer fehlenden Eigeninitiative, sondern sehr oft ist die Aus- und Weiterbildung zu teuer. Sie wird leider auch nicht überall von den Arbeitgebenden unterstützt, weil vor allem gut Qualifizierte gefördert und weniger gut Qualifizierte leider zu wenig gefördert werden.

Etwa ein Drittel der Hochqualifizierten arbeitet in Tieflohnbereichen. Auch da gibt es ein riesiges Potenzial. Es bräuchte Arbeitsplatzstipendien, die auch die Existenz sichern. Bei der Nachqualifizierung wäre also viel Potenzial da, um den Fachkräftemangel und die Armut zu bekämpfen.

Genauso dringend ist eine Erhöhung der Mittel für die Universitäten, die Fachhochschulen und die ETH um 2,5 Prozent. Wollen wir top bleiben, braucht es Investitionen. Damit geht natürlich auch eine Erhöhung der Kantonsbeiträge um 2,5 Prozent einher. Ich appelliere gleichzeitig an die Kantone, ebenso ihre Investitionen zu erhöhen, nicht zuletzt mit Stipendien. Es gibt bis jetzt praktisch keine Kantone, die auch existenzsichernde Stipendien für Erwachsene anbieten.

Wir wollen mit unserem Minderheitsantrag den Erhalt des Status quo, die Qualität garantieren. Wir wollen keinen Abbau, sondern, wenn schon, einen Ausbau. Dazu braucht es eine Topinfrastruktur; hier soll da nicht gespart werden. Die Betreuungsquote ist zu hoch, und wir wollen sicher keine Begrenzung der Studierendenzahlen, wie es an der EPFL bereits diskutiert wird. Dann käme es wieder zu Folgendem: noch ungleichere





Chancen, noch mehr Selektion und damit weniger Fachkräfte, die wir aber dringend in allen Bereichen brauchen.

Den Antrag auf überproportionales Sparen bei der ETH verstehen wir nicht. Wir rühmen uns mit ihrer Topqualität, ihrem Toprating. Das soll für uns so bleiben, inklusive des dafür nötigen Geldes. Vermögensabbau ist gut, da ist die ETH aber dran. Dass man zusätzlich 100 Millionen Franken einsparen will, verstehen wir nicht.

Wir brauchen den Ausbau um 2,5 Prozent zum Erhalt des Status quo. Hier zu wenig zu investieren, schadet nur der Schweiz, denn wir profitieren sowohl von den Hochschulen wie von den Studierenden.

Wir bitten Sie, den Minderheitsanträgen Prelicz-Huber zuzustimmen.

Brizzi Simona (S, AG): Bildung, Forschung und Innovation sind grundlegende Säulen der langfristigen Entwicklung und des Wohlstands der Schweiz. Bundesrat Parmelin hat es gesagt: Sie sind zentral für eine prosperierende Wirtschaft und für den gesellschaftlichen Fortschritt. Die Bundesbeiträge sind für die Kantone elementar. Eine tiefere Kostenbeteiligung des Bundes verschiebt die Last zu den Kantonen. Ihre Heimatkantone müssen mehr bezahlen, wenn der Bund weniger Geld spricht. Das schwächt auch das ganze System von Bildung, Forschung und Innovation.

Die BFI-Botschaft muss vielen Herausforderungen gerecht werden. Zum ersten Mal hat der Bundesrat die BFI-Botschaft in die Vernehmlassung gegeben. Das wurde sehr begrüsst, und die Bedeutung von Bildung, Forschung und Innovation wurde von den Kantonen, Institutionen, Parteien, Verbänden und Einzelpersonen deutlich unterstrichen. Die Anhörung führte zu einem deutlichen Fazit: Eine klare Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden fordert für die BFI-Periode 2025–2028 zwingend ein Finanzwachstum. Der Wert von 2,5 Prozent kommt immer wieder vor. Warum? Die Zahl der Lernenden an den Berufsfachschulen wird massiv steigen; das freut uns. Die Zahl der Studierenden wird steigen; das freut uns auch. Die Hochschulen und Universitäten benötigen aber Planungssicherheit und wollen in Spitzenforschung und Bildung, aber auch in internationalen Kooperationen und Netzwerken sowie im internationalen Wettbewerb attraktiv und an der Spitze bleiben.

Nun hat der Bund in der vorliegenden Botschaft aber trotz klarer Forderungen nach mehr finanziellen Mitteln genau das Gegenteil getan. Anstelle eines Wachstums von 2 Prozent, was in der Anhörung das grundlegende Element war, will der Bund nun lediglich ein durchschnittliches Wachstum von nominal 1,6 Prozent. Gegenüber der Vernehmlassung reduziert sich damit das durchschnittliche jährliche Wachstum um 0,4 Prozentpunkte. Bei unseren Minderheitsanträgen auf ein Wachstum von 2 Prozent handelt es sich um ein Konzept, und zwar in Bezug auf alle BFI-Bereiche. Ich werde daher auch nur einmal für die Minderheit sprechen.

Das Konzept stellt einen Kompromiss dar zwischen dem aktuellen Entwurf des Bundesrates und einer Annäherung an die Zahlen der Vernehmlassung. Wir sind damit aber noch lange nicht bei den von den Vernehmlassungsteilnehmenden geforderten 2,5 Prozent.

Wenn wir weiter auf den wirtschaftlichen Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit, den technologischen Fortschritt und die Nachhaltigkeit, einen attraktiven Arbeitsmarkt, hohe Beschäftigung, die internationale Zusammenarbeit und entsprechende Kooperationen, eine hohe Lebensqualität und gesellschaftliche Entwicklung setzen wollen und wenn der Bund ein verlässlicher Partner für die Kantone und für Institutionen wie die ETH und die EPFL sein will, dann braucht es zwingend ein angemessenes Wachstum der Finanzmittel des Bundes für Bildung, Forschung und Innovation. Bezogen auf das Total des Bundesrates in der vorliegenden Botschaft, beantragen wir 267,2 Millionen Franken mehr, womit wir aber immer noch 230,6 Millionen Franken unter dem Total der Vernehmlassung liegen.

Mit den Anträgen der Minderheit II werden in der vorliegenden BFI-Botschaft die Änderungen des Bundesrates gegenüber der Vernehmlassungsvorlage reduziert. Es ist nicht ein Zurück zur Vernehmlassungsvorlage, aber es ist ein Kompromiss.

Wir bitten Sie, die Anträge der Minderheit II (Brizzi) zu unterstützen.

Riem Katja (V, BE): In Block 1 vertrete ich meine Minderheiten zu Entwurf 1 in den Bereichen der Berufs- und der Weiterbildung. Ich kann Ihnen sagen: In der SVP-Fraktion bluten die Herzen, auch meines, wenn wir zu lasten dieses Bereiches sparen müssen. Es gibt wohl kaum ein schöneres Bildungserfolgskonzept als das der Berufsbildung in der Schweiz. Insbesondere für unsere KMU und Gewerbebetriebe, die die Basis unserer Wirtschaft darstellen, bildet die Berufsbildung einen wichtigen Grundstein. Das kann ich kaum genug betonen. Dennoch bleiben wir realistisch. In den letzten Perioden waren auch in diesem Bereich sehr grosse und schnelle finanzielle Wachstumsraten Programm. Es gilt deshalb auch hier, eine gesunde Entwicklung der Bundesfinanzen zu berücksichtigen. Entsprechend danke ich Ihnen für die Unterstützung meiner Minderheiten bei den Artikeln 2 und 4, ebenso für die Unterstützung des Entwurfes des Bundesrates bei Artikel 1, was dem



Minderheitsantrag Schilliger aus der FK-N entspricht.

Mit besonderem Nachdruck möchte ich noch meinen Minderheitsantrag zu Artikel 3 erwähnen. Dieser fordert eine Streichung der finanziellen Mittel für das Programm Viamia. Das Programm Viamia hatte ursprünglich den Zweck, insbesondere Frauen nach der Familienpause beim Wiedereinstieg ins Arbeitsleben zu unterstützen. Dazu wurde ein kostenfreies Angebot eingeführt. Was ist nun aber passiert? Ein uns vorliegender Bericht von Ecoplan zeigt ganz klar auf, dass mit dem Programm die Zielgruppe verfehlt wurde. Hört man sich in der Branche um, wird sogar klar, dass mit dem neu eingeführten Programm die privaten Berufs- und Laufbahnberater konkurriert wurden. In der Westschweiz führte dies gar zu einem fast kompletten Aussterben der privaten Anbieter in diesem Bereich. Wir fordern deshalb gleich lange Spiesse und somit die Streichung des verfehlten Programms. Fair ist anders!

AB 2024 N 865 / BO 2024 N 865

Schilliger Peter (RL, LU): Im Namen einer Minderheit von zwölf Mitgliedern der FK darf ich Ihnen den Entwurf des Bundesrates der BFI-Botschaft zur Annahme empfehlen.

Vorab eine grundsätzliche Darstellung: Ja, die Bildung – von der Berufsbildung bis hin zu den eidgenössischen Hochschulen – ist sehr wichtig und ist ein Teil des Erfolgsmodells der Schweiz. Die Mitglieder der Minderheit der FK bestreiten die Wichtigkeit dieses unseres Rohstoffes nicht. Aber eine weitere Grundlage des Erfolgsmodells Schweiz ist die Verlässlichkeit und die Stabilität des Staates. Eine Basis für die Werte Verlässlichkeit und Stabilität ist die stabile Finanzierung des Bundeshaushalts, der nicht aus dem Ruder laufen darf und in diesem Sinn eben eine Ausgewogenheit zwischen Einnahmen und Ausgaben aufweisen muss.

Die Staatsaufgaben haben sich verschoben. Krisen wie Covid-19, der Energieengpass oder der nun laufende Krieg in der Ukraine verlangen vom Staat neue Prioritätensetzungen. In diesem Sinne ist ein gemässigt Wachstum von immer noch 1,6 Prozent für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation nun eben eine Folge dieser Verschiebung.

Der Bundesrat hat eine Gesamtauslegeordnung vorgenommen, eine umsetzbare Vorlage erstellt und Ihnen diese nun unterbreitet. In diesem Sinne stimmen wir dieser Vorlage zu. Ich erläutere Ihnen aber noch im Detail, weshalb sich die Minderheit Schilliger hinter die Vorlage des Bundesrates stellt.

Bei der Lektüre des ETH-Jahresberichtes, der vor wenigen Wochen versendet wurde, konnten wir feststellen, dass die Anteile der ausländischen Studierenden bzw. Schülerinnen und Schüler gewaltig gewachsen sind. Die ETH und die EPFL weisen in diesem Bereich das grösste Wachstum aus. Da muss man sich politisch die Frage stellen, ob es bei diesem Wachstum auch eine Grenze gibt. Kommen in diesem Bereich immer mehr Ausländer zu uns, so brauchen wir neue Immobilien auf dem Campus usw. Das bezahlt sich nicht von selbst. Mit diesem Businessmodell finanzieren wir das externe Wachstum einer Hochschule. Ja, es braucht eine gewisse Grösse und eine gewisse Breite, damit in der Bildung und vor allem in der Hochschulbildung Qualität angeboten werden kann; ja, das verstehen wir. Mit diesem Wachstum könnte aber auch ein Beitrag zur Mitfinanzierung geleistet werden. Hier ist das Thema Studiengebühren natürlich zentral.

Es muss aus der Optik der Qualität für ausländische Studierende ein Anreiz bestehen, einen Zuschlag zu bezahlen. Die cleveren Leute gehen dorthin, wo die Qualität stimmt. Stimmt die Qualität in der Schweiz, dann sind die Studierenden auch bereit, den entsprechenden Mehrpreis zu zahlen. Die Leute, die sagen, das gehe nicht, so kämen nicht mehr die Besten, sondern nur noch die Reichen, müssen sich bewusst sein, dass die Lebenskosten in der Schweiz vermutlich der wesentlich grössere Kostenblock sind als die Studiengebühren. Im "Tages-Anzeiger" war vor wenigen Wochen eine entsprechende Darstellung zu lesen.

Wir halten es für besser, den Zahlungsrahmen für die Jahre 2025 bis 2028 gemäss Entwurf des Bundesrates anzunehmen und im Gegenzug dafür verlässlich zu bleiben. Heben wir den Zahlungsrahmen jetzt an, lassen wir bei diesen Schulen die Illusion entstehen, dass diese Mittel auch zur Verfügung stehen. Ist dann im nächsten Jahr bei der nächsten Budgetvorlage der Lackmустest fällig, wird das Budget im ETH-Bereich wohl bereits wieder um die nun erkämpfte Erhöhung gekürzt. Damit ist niemandem gedient und diesen Hochschulen am wenigsten.

Aus dieser Optik müssen sich Verpflichtungskredite der Realität anpassen. Dafür zeigen wir Verlässlichkeit, damit die Vision und die Strategie auch aus Sicht der Hochschulen entwickelt werden können.

Ich bitte Sie, sich der Minderheit Schilliger aus der FK anzuschliessen und den finanziellen Rahmen bereits in dieser BFI-Botschaft der Realität anzupassen und diese so abzubilden.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): La Commission des finances s'est bien sûr également penchée sur les enjeux liés au message FRI. C'est dans ce contexte que nous avons déposé des propositions de minorité.





Je m'exprimerai sur l'ensemble de mes propositions de minorité concernant le message FRI, car il s'agit d'un concept qui vise à ramener à 2 pour cent l'ensemble des investissements de ce domaine.

Il faut rappeler qu'en mars 2024, le Conseil fédéral a transmis au Parlement son projet de message FRI pour les années 2025 à 2028. Cependant, par rapport au projet initial mis en consultation, le Conseil fédéral a réduit le plafond total des dépenses de 500 millions de francs, afin de passer à 29,2 milliards de francs. La croissance moyenne annuelle des investissements passe donc de 2 pour cent à 1,6 pour cent sur l'ensemble de la période FRI. Cela signifie que, pour la première fois depuis vingt ans, les investissements seront plus faibles en 2025 que l'année précédente, en 2024. De plus, le Conseil fédéral a indiqué que des coupes pourraient être proposées dans les années à venir. Il en résultera un décalage entre les objectifs à atteindre en matière d'excellence et les moyens à disposition.

Le but de mes propositions de minorité est de revenir à une politique d'investissement mesurée, avec une croissance moyenne de 2 pour cent en valeur nominale; en tenant compte du renchérissement, cela permettrait d'avoir une croissance réelle de 1 pour cent pour l'ensemble du domaine.

Il faut également rappeler que, dans la procédure de consultation, tous les partis à l'exception de l'UDC se sont exprimés en faveur d'une croissance moyenne de 2 pour cent. Elle permettrait aux hautes écoles universitaires et spécialisées ainsi qu'au domaine des EPF de maintenir leurs prestations au niveau actuel. Les organisations d'encouragement de la recherche et de l'innovation pourront mieux faire face à la perte de compétitivité induite par la non-association au programme-cadre de l'Union européenne, Horizon Europe.

Elle permettra également d'éviter des coupes dans des projets d'infrastructure, qui sont essentiels pour garder notre rang dans le domaine scientifique.

Le concept se limite aux domaines centraux du message FRI 2025–2028. Il en découle les propositions chiffrées figurant dans le dépliant. Il prévoit des augmentations dans les domaines suivants, que j'énumérerai rapidement.

D'abord, concernant les indemnités forfaitaires aux cantons pour la formation professionnelle, il est nécessaire de soutenir les cantons et les entreprises dans leurs efforts de promotion de la formation professionnelle et de l'assurance de la qualité. Il s'agit de la formation professionnelle supérieure et de la formation continue. Dans ce domaine, les transformations profondes sur le marché du travail, notamment la digitalisation, nous incitent à investir dans le domaine de la formation continue. Il est en effet indispensable de renforcer les compétences des personnes en difficulté et de permettre aux employés d'acquérir de nouvelles compétences professionnelles.

Ensuite, dans le domaine des EPF, nous devons maintenir le niveau des investissements. L'augmentation permet de poursuivre et de renforcer les investissements lancés dans le domaine de l'intelligence artificielle et d'éviter de geler des projets dans l'agriculture durable, la santé, les matériaux intelligents et la digitalisation. L'augmentation permettrait de faire face à la croissance du nombre d'étudiants et au renchérissement. Le domaine des EPF consacrerait également ses réserves à l'effort d'économie, à hauteur de 100 millions de francs.

Enfin, l'augmentation proposée concerne également les contributions de base aux hautes écoles universitaires et aux hautes écoles spécialisées, l'augmentation du plafond de dépenses destiné au Fonds national suisse et aux Académies suisses des sciences et, enfin, l'augmentation du plafond des dépenses pour l'encouragement à l'innovation.

Le plafond total des dépenses pour l'ensemble du message FRI selon ces propositions de minorité serait ainsi augmenté de 437 millions de francs. Ces propositions doivent être adoptées dans le cadre du message FRI 2025–2028 et confirmées ensuite dans le cadre du plan financier et des budgets annuels. Le Parlement fédéral aura toujours le dernier mot dans ce domaine.

Dans un contexte où la position de la Suisse est déjà affaiblie, le fléchissement du soutien entraînera notamment un ralentissement des investissements dans des infrastructures et des projets de recherche ainsi qu'un affaiblissement des

AB 2024 N 866 / BO 2024 N 866

projets dans les domaines du développement durable, de la santé ou de l'intelligence artificielle.

On ne répétera jamais assez que la formation, la recherche et l'innovation sont dans l'ADN de la Suisse. L'enveloppe prévue actuellement ne permettra pas d'atteindre tous les objectifs dans le domaine FRI.

La Conférence des directrices et directeurs cantonaux de l'instruction publique a même demandé au Parlement d'octroyer une croissance de 2,5 pour cent des contributions à la formation professionnelle, aux universités et aux écoles spécialisées – cette proposition fait l'objet de minorités.

Pour toutes ces raisons, je vous demande de suivre mes minorités, qui, je le rappelle, se bornent à proposer





le retour à un investissement moyen de 2 pour cent, ce qui représente un investissement mesuré dans le domaine FRI.

Balmer Bettina (RL, ZH): Gerne lege ich meinen Minderheitsantrag dar und gehe in meinem Votum, soweit es inhaltlich relevant ist, gleich auch noch aus Sicht der FDP-Liberalen Fraktion auf die weiteren Anträge in Block 1 ein.

Zuerst zum Minderheitsantrag IV (Balmer) zu Artikel 3 von Entwurf 1, dem Bundesbeschluss über die Finanzierung der Berufsbildung in den Jahren 2025–2028: Für die FDP-Liberale Fraktion ist die Berufsbildung ein wichtiger Teil der Schweizer Bildungslandschaft. Unser duales Bildungswesen ist eine Erfolgsgeschichte, welche in unserem Land zu tiefer Arbeitslosigkeit, guter Wirtschaftslage und Wohlstand führt. Auch im Ausland erhalten wir viel Bewunderung und Anerkennung für unser duales Bildungssystem. Darum möchte ich unseren Kürzungsantrag hier auch begründen. Es geht nämlich nicht darum, die finanziellen Mittel der Berufsbildung selbst zu kürzen; es geht lediglich darum, bei einem konkreten Projekt des Bundes, nämlich bei Viamia, den Rotstift anzusetzen.

Viamia wurde 2019 vom Bund implementiert und erhält seither jährlich 8 Millionen Franken. Gemäss einer Ecoplan-Studie, das haben wir gehört, hat Viamia die Ziele bisher nicht erreicht – Viamia konnte also insbesondere nicht schwerpunktmässig Geringqualifizierte in den Arbeitsprozess zurückholen – und ist mit 1200 Franken pro erfolgter Beratung auch überfinanziert. Ausserdem gibt es auch private Anbieter von Laufbahnberatungen, welche unserer Meinung nach gleichwertig zu den staatlichen Angeboten gefördert werden sollten. Diese Zusammenarbeit von staatlichen und privaten Anbietern funktioniert bei den Laufbahnberatungen aber offenbar auch nicht so, wie es wünschenswert wäre, hätte also noch Verbesserungspotenzial.

Aus all diesen Gründen und nur aus diesen Gründen erachten wir eine zielgerichtete Kürzung der Beiträge über die nächsten vier Jahre im Rahmen von Artikel 3 Absatz 1 beim Bundesbeschluss über die Finanzierung der Berufsbildung in den Jahren 2025–2028 als gerechtfertigt.

Nun noch ein paar Worte zu den restlichen Anträgen in Block 1, soweit sie relevant sind: Beim Entwurf 2, dem Bundesbeschluss über die Finanzierung der Weiterbildung in den Jahren 2025–2028, stimmen wir nicht mit der Mehrheit, sondern halten uns an den bundesrätlichen Entwurf. Mit Blick auf die roten Zahlen im Finanzhaushalt wollen wir unsere Verantwortung wahrnehmen und die Schuldenbremse einhalten.

Beim Entwurf 14, dem ETH-Gesetz, haben wir von der FDP-Liberalen Fraktion in der WBK-N den mehrheitsfähigen Antrag eingebracht, die Studiengebühren an den ETH für ausländische Studierende mindestens zu verdreifachen. Es freut uns sehr, dass wir in der Kommission auf eine breite Unterstützung zählen dürfen, zumal die Studiengebühren an den Schweizer Universitäten und Hochschulen im Vergleich zu ausländischen Topuniversitäten und Tophochschulen wirklich tief sind. Auch kann von den ETH ebenfalls ein Beitrag an die Gestaltung einer solideren finanziellen Basis erwartet werden.

Selbstverständlich ist eine internationale Vernetzung der Hochschulen innovationsfördernd und erwünscht, insbesondere auf Master- und Doktoratsstufe. Dennoch scheint eine Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende mit Blick auf die Handhabung der Studiengebühren an ausländischen Topuniversitäten und vor allem mit Blick auf den Grundsatz der Gleichbehandlung der Studierenden gerechtfertigt. Alleine die ETH kann auf diesem Weg zusätzliche finanzielle Mittel von rund 25 Millionen Franken pro Jahr generieren. Das Stipendienwesen kann so ausgestaltet werden, dass ausländische Studierende aus wirtschaftlich schlechteren Verhältnissen nicht ausschliesslich aufgrund der höheren Gebühren von einem Studium an einer der beiden ETH abgehalten werden. Abschliessend möchte ich zu diesem Antrag nochmals festhalten, dass auch bei einer Verdreifachung der Studiengebühren für ausländische Studierende die ETH weiterhin vergleichsweise bescheidene Studiengebühren erhebt.

Bei allen anderen Anträgen stimmen wir entsprechend der Haltung unserer Fraktion zur BFI-Botschaft ab, wie sie von Nationalrätin Regine Sauter im Eintretensvotum dargelegt worden ist.

Sauter Regine (RL, ZH): Zu Artikel 1 in Entwurf 2 liegt Ihnen ein Antrag von mir vor; es ist der Antrag der Minderheit I (Sauter). Dabei geht es um die Beiträge an Organisationen der Weiterbildung und an die Kantone. Ich beantrage Ihnen, hier beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben. Mit diesen Mitteln kann der Bund kantonale Programme im Bereich der Grundkompetenzen unterstützen. In den letzten BFI-Perioden wurde in diesem Bereich eine substantielle Erhöhung der Mittel beschlossen. Eine weitere Aufstockung ist nicht angezeigt. Es zeigt sich zudem, dass der Kredit seit mehreren Jahren nicht vollständig ausgeschöpft wird, weil die Kantone nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel beantragen. Eine Aufstockung dieses Zahlungsrahmens ist somit nicht angezeigt, genauso wenig eine Kürzung.

Ich bitte Sie, hier beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben.



Fivaz Fabien (G, NE): Je défends ici ma proposition de minorité relative au relèvement des taxes d'études pour les étudiantes et étudiants étrangers. Permettez-moi de penser que cette proposition n'a pas été réfléchie complètement et que ses conséquences concrètes n'ont pas été analysées. Je vais citer quelques raisons sur lesquelles nous basons notre refus.

Premièrement, c'est en fait déjà possible. La loi sur les EPF autorise aujourd'hui déjà le Conseil des EPF, à l'article 34d alinéa 2bis, à augmenter jusqu'à trois fois les taxes d'études pour les étudiantes et étudiants étrangers. Cette proposition a d'ailleurs déjà été soumise au Conseil des EPF, mais jamais acceptée. Ce qui nous est proposé de faire aujourd'hui, c'est tout simplement de nous attaquer à l'autonomie même de ces hautes écoles.

Deuxièmement, il s'agit de l'attractivité des deux EPF. Aujourd'hui, ces deux écoles sont parmi les meilleures écoles d'ingénieurs au monde. Elles attirent de nombreuses étudiantes et étudiants étrangers. Quel sera l'impact d'un triplement du montant des taxes d'études sur ce nombre d'étudiantes et d'étudiants? Personne ne le sait. Quel sera l'impact sur le "rating" de ces deux écoles? Personne ne le sait non plus. La seule certitude que nous avons, c'est que, comme la plupart des "ratings" prennent en compte en réalité ce nombre d'étudiantes et d'étudiants, ils vont inmanquablement baisser.

On est véritablement en train de provincialiser nos hautes écoles; sans Horizon Europe, sans Erasmus Plus, sans étudiantes et étudiants étrangers, ce sont simplement les coopérations et l'ouverture que nous perdons. A court terme, le calcul financier peut être bénéfique; à moyen et long terme, c'est tout simplement une catastrophe pour l'attractivité de nos hautes écoles et donc pour la compétitivité de notre pays.

Troisièmement, il en va de l'économie suisse. Plus de deux tiers des étudiantes et étudiants étrangers issus des EPF restent en Suisse pour y travailler. Ce sont des centaines, voire des milliers de personnes qui sont hautement qualifiées, qui entrent chaque année sur le marché du travail, souvent dans des domaines où la pénurie, aujourd'hui encore, est importante.

Croyez-vous vraiment que des entreprises comme Google ou Apple s'installent à Zurich pour son lac ou pour ses cafés à 10 francs? C'est parce qu'elles y trouvent une population internationale hautement formée et hautement qualifiée. Les

AB 2024 N 867 / BO 2024 N 867

chiffres parlent d'eux-mêmes. Deux tiers des étudiantes et étudiants étrangers restent en Suisse à la fin de leurs études. Ce n'est pas sûr que ce soit aussi dynamique avec des taxes d'études au moins triplées. Lorsqu'il faudra déboursier 3000, 4000 ou peut-être 5000 francs par semestre, cet écosystème pourrait bien disparaître ou s'exporter ailleurs, dans un autre pays. C'est le modèle de réussite de la Suisse que nous mettons en danger avec cette décision.

Le système proposé aujourd'hui est totalement incohérent. Afin de respecter la loi et de conserver des taxes qui sont socialement acceptables, les EPF devraient mettre en place un système de réduction des taxes pour les étudiantes et les étudiants étrangers qui ont des moyens financiers limités. Mais comment ce système serait-il mis en place et combien coûterait-il? Personne ne le sait.

Finalement, ce que nous sommes en train de faire ne rapportera pas grand-chose aux hautes écoles. La majorité de la commission estime que cette hausse des taxes permettrait de renflouer les caisses des EPF. Permettez-nous pourtant d'en douter. Selon les estimations, la hausse devrait rapporter environ 4 millions de francs la première année, 8 millions la seconde, etc. A terme, en 2029, elle pourrait rapporter jusqu'à 25 millions de francs au domaine des EPF. Mais c'est très théorique. Personne ne sait combien d'étudiantes et d'étudiants choisiraient une autre école, iraient étudier ailleurs et ne payeraient donc aucune taxe au sein des EPF. Nous ne savons pas aujourd'hui combien coûterait le système de bourses qui devrait être mis en place. Surtout, c'est dérisoire par rapport au budget des EPF, puisque cela représente moins de 1 pour cent des contributions de la Confédération et moins de 0,6 pour cent du budget total du domaine.

Je vous remercie de suivre ma minorité et de refuser la proposition de la majorité de la commission.

Nicolet Jacques (V, VD): Cher collègue Fivaz, sachant que les taxes d'études dans certaines hautes écoles à l'étranger sont jusqu'à 30 fois plus chères que dans nos hautes écoles et nos EPF, ne pensez-vous pas que la qualité de nos EPF, que vous évoquiez d'ailleurs très justement dans votre plaidoyer, mérite que nous les mettions en valeur avec une taxe pour les étudiants quelque peu plus élevée que ce qui est pratiqué maintenant?

Fivaz Fabien (G, NE): Il faut se rendre compte que le système prévu ne toucherait que les étudiants étrangers. La plupart des hautes écoles étrangères, par exemple le MIT, demandent 30 000 ou 40 000 francs d'écologie



annuel. Mais, d'une part, cet écolage s'applique à toutes et tous et, d'autre part, le système de bourses prévu est extrêmement performant. Aujourd'hui, nous devons prendre une décision, mais nous ne savons pas comment nous allons pouvoir réduire ces taxes d'études très élevées. Elles seront réduites uniquement pour les étudiants étrangers. Vous, au sein du groupe UDC, vous devriez plutôt vous plaindre d'une telle décision, parce que nous devrions créer des bourses – ou plutôt des réductions de taxes – uniquement pour les étudiants étrangers. A notre avis, il faudrait réfléchir plus à fond et analyser d'abord l'ensemble du problème avant de tripler les taxes par une modification de la loi.

Hug Roman (V, GR): Ich spreche zu Artikel 34d des ETH-Gesetzes, zum Antrag meiner Minderheit II. Dieser Antrag steht in einer Reihe mit allen anderen Anträgen aus unserer Fraktion. Es geht um die Höhe der Studiengebühren. Von den drei vorliegenden Anträgen zu dieser Frage geht unser Antrag am weitesten. Konkret geht es um eine Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende um das Drei- bis Fünffache. Bei der Abwägung aller Anträge geht es um zwei zentrale Punkte, nämlich erstens um den gezielten Umgang mit Ressourcen und zweitens um die Frage, wie wir mit subventionierten Studienplätzen für einheimische junge Leute umgehen.

Zu den Finanzen: Es gibt Studiengebühren an Spitzenuniversitäten, wir haben es gehört, die bis zu 40-mal höher sind als unsere Gebühren an den ETH. Da braucht es dringend eine Korrektur. Eine namhafte Erhöhung dieser Studiengebühren ermöglicht uns einen zusätzlichen finanziellen Spielraum und würde an anderer Stelle zusätzliche Freiräume schaffen. Weiter würde eine Erhöhung die Stossrichtung der Mehrheit der FK stärken, welche den Fokus auf den gesamten Bundeshaushalt legt. Eine Erhöhung dieser Einnahmen wäre deshalb auch ein Beitrag zur Planungssicherheit an anderer Stelle. Genau die gleiche Argumentation verwenden wir auch für den Antrag meiner Minderheit zu Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe d HFKG, welcher sich mit den Gebühren der Fachhochschulen befasst.

Nun komme ich zum zweiten Punkt, nämlich zur Frage, wie wir mit einheimischen jungen Studierenden umgehen. An der ETH Zürich sind heute bis zu 40 Prozent der Studienplätze von Ausländerinnen und Ausländern belegt. An der EPFL in Lausanne liegt der Wert sogar bei weit über 50 Prozent. Wir brauchen ausländische Studierende, welche auch unsere Bildungs- und Forschungsinstitutionen weiterbringen. Dies können aber nur Spitzenleute sein, welche sich durch ausserordentliche Leistungen auszeichnen. Die restlichen Plätze müssen zwingend unserer inländischen Studentenschaft zur Verfügung stehen. Und genau an dieser Stelle würden Sie mit einer Zustimmung zu markant höheren Gebühren für ausländische Studierende einen Schritt in die richtige Richtung tun. Es käme zu einer Korrektur, die wirklich Spitzenleute zu uns bringt. Viele von ihnen werden auch mit Stipendien aus ihrem Heimatland oder von anderen Institutionen unterstützt und können sich dies leisten. Unsere Stossrichtung ist also nicht weltfremd, sondern fördert die Ausbildung der jungen inländischen Bevölkerung. Dies ist ein klarer Beitrag gegen den Fachkräftemangel, wie es heute schon einige Male betont wurde.

Nun blicke ich auf die Tribüne und sehe die erwartungsvollen Blicke vieler junger Menschen. Ich habe den Vertretern der Mitte-links-Fraktionen bei der heutigen Eintretensdebatte genau zugehört. Die Aussage, Bildung sei der wichtigste Rohstoff der Schweiz, wurde einige Male gemacht. Auch Sie auf der Tribüne haben das gehört. Wir als SVP-Fraktion stellen uns voll hinter diese Aussage. Es ist dann aber dringend notwendig, mit diesem wertvollen Rohstoff haushälterisch umzugehen und ihn zukünftig in erster Linie den inländischen Studierenden zukommen zu lassen, also Ihnen allen auf der Tribüne.

Molina Fabian (S, ZH): Besten Dank für Ihre Ausführungen zur hohen Qualitätsanforderung an Studierende an den ETH, Herr Kollege Hug. Sind Sie der Meinung, dass über höhere Studiengebühren die Qualität der Studierenden besser wird, oder werden sie nicht einfach reicher?

Hug Roman (V, GR): Meinen Sie diese Frage wirklich ernst? Selbstverständlich bin ich der Meinung, dass die Qualität insbesondere dann besser wird, wenn wir die Studiengebühren für ausländische Studierende erhöhen und damit gerade diejenigen Spitzenleute zu uns holen, die unter anderem dank Stipendien zu uns kommen können. Ich bin somit klar der Meinung – und da bin ich vermutlich auch nicht der Einzige –, dass das ein Beitrag zu besserer Qualität sein kann.

Heimgartner Stefanie (V, AG): Bei Artikel 1 des Bundesbeschlusses über den Zahlungsrahmen für den ETH-Bereich in den Jahren 2025–2028 bestehen viele Minderheiten. Sie reichen vom Antrag auf eine Erhöhung um mindestens 2,5 Prozent auf 11,362 Milliarden Franken bis hin zum Antrag meiner Minderheit, mit dem eine Kürzung auf 10,81 Milliarden Franken verlangt wird. Von einer Kürzung im eigentlichen Sinne kann aber nicht gesprochen werden. Es handelt sich nur um eine Kürzung entsprechend dem jetzigen Entwurf. Diese 10,81



Milliarden Franken haben wir im Rahmen der BFI-Botschaft 2021–2024 für den ETH-Bereich gesprochen. Es handelt sich also um eine Plafonierung des Betrages.

Wieso wollen wir eine Plafonierung? Natürlich ist auch uns die Bildung sehr wichtig, und wir erkennen den Stellenwert unserer ETH. Aber wir müssen hier, wie auch in allen anderen Bereichen, die Bundesfinanzen im Auge behalten. Der heutigen Ausgabe der "Aargauer Zeitung" können Sie

AB 2024 N 868 / BO 2024 N 868

Folgendes entnehmen: "Die ETH hat riesige Reserven und wehrt sich dennoch gegen den Sparauftrag des Bundesrates." Und weiter: "Das finanzielle Polster der ETH sei weit besser, als sie es selbst darstelle, sagen mehrere Quellen aus der Bundesverwaltung." Ende 2019 hätten die Reserven über 1,4 Milliarden Franken betragen. Wie vom Bund gefordert, seien die Reserven zwar etwas abgebaut worden, dennoch hätten sie auch Ende 2023 noch stolze 1,121 Milliarden Franken betragen.

Auch wenn die Reserven zum Teil zweckgebunden sind, fragt man sich, wie die ETH als öffentliche Institution in den letzten Jahren solch hohe Reserven aufbauen konnte – Reserven von 1,121 Milliarden Franken! Und trotzdem verlangen Minderheiten eine Aufstockung der ETH-Gelder. Gerade in der jetzigen Zeit ist dies für mich unter diesen Umständen noch unverständlicher.

Die Finanzlage im Bundeshaushalt ist besorgniserregend. Es ist unumgänglich, dass wir in allen Departementen den Sparhammer ansetzen. Wir sehen es als verhältnismässig und für die Einhaltung der verfassungsmässig verankerten Schuldenbremse als wichtig an, diesen Zahlungsrahmen zu kürzen und auf 10,81 Milliarden Franken zu plafonieren, und bitten Sie, es uns gleichzutun.

Guggisberg Lars (V, BE): Mein Minderheitsantrag steht im Zusammenhang mit den Studiengebühren, welche Bildungsausländer zu entrichten haben. Unsere ETH gehören bildungsmässig zu den besten Adressen der Welt. Sie spielen in der Champions League. Die Ausbildungen an den ETH werden aber verschertelt – es kann nicht anders bezeichnet werden. Weniger als 1500 Franken kostet ein Studium an einer ETH. Zum Vergleich: Für ein Studium an der Technischen Universität München müssen schweizerische Studierende bis zu 12 000 Euro bezahlen; in Oxford, in Grossbritannien, sind es 42 000 Franken pro Jahr; in Stanford, in den USA, sind es sogar 60 000 Franken. Schweizer Studierende bezahlen im Ausland also bis zum Vierzigfachen des Betrags, den die ETH in der Schweiz als Gebühr verlangen.

Eine Differenzierung der Studiengebühren nach Herkunftsland ist überhaupt nicht aussergewöhnlich. Es ist gang und gäbe. Es bestünde auch die Möglichkeit, an den ETH eine Differenzierung zwischen Ausländern aus der EU und solchen aus Ländern ausserhalb der EU vorzunehmen.

Für Grosszügigkeit ist das hier der falsche Ort. Eine der weltbesten Ausbildungen muss ein vernünftiges Preisgeld haben. Damit können die ETH locker bis zu 50 Millionen oder sogar mehr einnehmen. Zur Erinnerung: In Lausanne beträgt der Anteil an Bildungsausländern 60 Prozent, an der ETH in Zürich sind es 40 Prozent. Wir würden damit also den Bundeshaushalt entlasten, ohne die ETH zu belasten. Ich bitte Sie, meinem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Huber Alois (V, AG): Ich kann es kurz machen. Die Strategie der SVP-Fraktion ist es, dass wir überall kürzen respektive die Beträge nicht erhöhen. Wir sprechen zwar immer von Kürzungen, es sind aber eigentlich keine Kürzungen. Wir wollen nur die Ausgaben im Rahmen behalten und stellen dafür verschiedene Anträge, unter anderem auch diejenigen meiner Minderheit. Ich glaube, ich muss hier nicht mehr gross darauf eingehen. Ich bitte Sie einfach, diszipliniert abzustimmen und die Minderheitsanträge, die eigentlich ein gutes und ausgewogenes Ausgabenbudget wollen, zu unterstützen.

Alijaj Islam (S, ZH): Wir haben das alles schon in Tausenden von Sonntagsreden zur Bildungspolitik gehört, da erzähle ich Ihnen nichts Neues: Die BFI-Botschaft ist eines der wichtigsten und grössten Geschäfte in dieser Legislatur. Wir alle wissen: Als Land, das an natürlichen Ressourcen vergleichsweise arm ist, verdanken wir unseren Wohlstand zu einem guten Teil unserem hervorragenden Bildungssystem.

Umso weniger erschliesst es sich jedoch mir und meiner Fraktion, warum wir nun ausgerechnet bei der Bildung weiter sparen wollen, wie es die vorliegende BFI-Botschaft und einige Anträge vorsehen. Wir können ja eine andere Auffassung mit Blick auf den Haushalt haben, wir können ja unterschiedlicher Ansicht sein, was die Staatsverschuldung angeht, und auch eine harte Position in Sachen Schuldenbremse kann ich zumindest nachvollziehen. Aber wenn wir schon sparen wollen, dann doch bitte nicht bei der Bildung, unserer wichtigsten Zukunftsinvestition – das ist schlicht unverantwortlich –, und dann ausgerechnet noch bei der Berufs- und Weiterbildung. Gerade die Kolleginnen und Kollegen von der SVP-Fraktion müssen sich doch fragen, wie das zu ihrem Anspruch passen soll, sich für die Stärkung der Berufsbildung einzusetzen. Auf der einen Seite wart



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2024 • Dritte Sitzung • 29.05.24 • 08h00 • 24.031
Conseil national • Session d'été 2024 • Troisième séance • 29.05.24 • 08h00 • 24.031



man vor der 10-Millionen-Schweiz, und auf der anderen Seite schwächt man mit dieser Politik die eigene Fachkräftebasis. Das passt nicht zusammen.

Und weil ich jetzt schon so schön in Fahrt bin, sage ich Ihnen von der SVP als schwerbehinderter Mensch gleich noch eines: Seit Jahren legen Sie mit Ihrer Sparpolitik auf allen Ebenen die Axt an die Bildungsgechtigkeit in unserem Land. Die Qualität unserer Bildung gerät nämlich nicht deshalb so unter Druck, weil die menschenrechtskonforme Beschulung unserer Kinder ein Problem ist, sondern weil wir unsere Schulen nicht mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit sie ihre Aufgaben bewältigen können. Nicht Kinder mit Behinderungen oder Migrationshintergrund sind das Problem, auch nicht Eltern, die sich sorgen, oder Lehrpersonen, die überfordert werden. Nein, es ist Ihr politisches Versagen und diese unsägliche Sparpolitik im Bildungsbereich, die uns massiv schadet. Die Diskussionen rund um die aktuelle BFI-Botschaft sind leider ein weiteres Beispiel für diesen himmeltraurigen Sparkurs.

Ein letzter Gedanke noch zu Studierenden mit einer ausländischen Maturität: Für uns ist klar, dass der Zugang zu den Hochschulen und allgemein zur Bildung für jeden Menschen barrierefrei möglich sein muss. Nach einer intensiven Diskussion hat sich die SP-Fraktion deshalb entschieden, die Minderheit I (Fivaz Fabien) zu unterstützen. Die Kompetenz für die Erhöhung der Studiengebühren haben die ETH bereits mit der heutigen Gesetzgebung.

Pamini Paolo (V, TI): Egregio collega, mi sfugge un aspetto: in Svizzera abbiamo la più alta produttività del lavoro e i più alti salari. Questo implica che abbiamo dei livelli di formazione già molto alti. Perché afferma che il sistema formativo in Svizzera è carente?

Alijaj Islam (S, ZH): Leider kann ich nicht gut Italienisch.

Pamini Paolo (V, TI): Es gibt Dolmetscher, aber ich kann meine Frage übersetzen. Ich verstehe Ihren Kritikpunkt nicht genau. In der Schweiz haben wir eines der höchsten Produktivitätsniveaus, eines der höchsten Bruttoinlandprodukte pro Kopf. Das bedingt, dass wir eine sehr gute Ausbildung haben, andernfalls könnten wir so hohe Produktivitätsniveaus nicht erreichen. Wieso sind Sie der Meinung, dass unser Bildungssystem ungenügend ist?

Alijaj Islam (S, ZH): Weil die Lehrpersonen im Moment immer wieder überfordert sind, sinkt die Qualität in der Schule. Reicht Ihnen das?

Weber Céline (GL, VD): Nous voilà au bloc 1 des débats sur le message FRI. Comme je vous le disais lors de ma première prise de parole sur le débat d'entrée en matière, le groupe vert/libéral est très investi dans la formation et la recherche, et considère que lorsque les augmentations budgétaires ne permettent même pas de compenser l'inflation, sans parler de l'augmentation du nombre d'étudiants, il y a un risque d'hypothéquer, d'une certaine manière, l'avenir de notre pays.

Cela étant dit, tout comme il est primordial de maintenir un niveau de formation et de recherche de haut niveau en Suisse, il est également important de dépenser l'argent public de la manière la plus efficace qui soit, voire d'interroger la pertinence de certaines dépenses lorsque cela est nécessaire, surtout au vu des finances de la Confédération. En ce sens, le groupe vert/libéral suivra systématiquement, sans aucune

AB 2024 N 869 / BO 2024 N 869

exception, la majorité de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture.

A l'arrêté 1, "arrêté fédéral relatif au financement de la formation professionnelle pendant les années 2025 à 2028", la majorité propose une augmentation globale de 1,8 pour cent à la place de 1,7 pour cent, comme proposé par le Conseil fédéral. Cette modeste augmentation nous paraît justifiée vu la pénurie de main-d'oeuvre et le besoin crucial que nous avons de former plus de jeunes dans des professions non seulement hautement recherchées sur le marché du travail, mais surtout, des professions pour lesquelles ces jeunes sont directement employables.

J'en viens à l'arrêté 2, "arrêté fédéral relatif au financement de la formation continue pendant les années 2025 à 2028". Je redéclare mes intérêts, puisque je suis la présidente de la Conférence romande de la formation continue. A ce deuxième arrêté, le groupe vert/libéral suivra la majorité de la commission, qui propose d'augmenter encore le montant de 1,5 million de francs par rapport à la proposition du Conseil fédéral. Quand bien même le Conseil fédéral avait lui-même déjà fait preuve de générosité dans ce domaine, le groupe vert/libéral s'est malgré tout rallié à la majorité, qui propose donc d'augmenter encore ce budget pour la raison suivante. Cet argent revient notamment à des institutions actives dans le domaine des compétences de base. Or, la





Suisse connaît toujours un nombre important d'adultes qui peinent à lire, à écrire ou à comprendre correctement un texte pourtant simple. On parle en effet de près de 800 000 adultes qui sont dans cette situation. Il nous a donc semblé qu'il s'agissait d'un investissement supplémentaire acceptable, eu égard au rapport coût-bénéfice que la formation continue peut engendrer pour cette catégorie de la population et du montant investi en comparaison avec d'autres postes du message FRI.

Ceci dit, et je tiens à insister vivement sur ce point, le groupe vert/libéral s'est toujours montré très soucieux de l'importance d'investir les deniers publics de manière efficace. Or, certains programmes liés à la formation continue sont maintenus par le Conseil fédéral quand bien même leur efficacité a été remise en cause au cours des débats, voire alors même que ces programmes font de la concurrence directe au secteur privé du coaching professionnel, dans certains cas bien spécifiques, et ce, à l'aide d'argent public. Je pense ici notamment au programme Viamia. Cependant, ce programme devrait gentiment être repris par les cantons; il ne nous a donc pas semblé cohérent de couper les moyens juste avant que ce transfert ne se fasse. Ceci dit, nous veillerons à ce qu'un monitoring étroit de ces programmes puisse être réalisé, que leur efficacité soit démontrée et que les cantons jouent leur rôle, sans quoi le groupe vert/libéral se montrera plus que critique pour toute augmentation lors du prochain message FRI.

Je passe rapidement sur l'arrêté 3, "arrêté fédéral relatif au financement des contributions allouées aux cantons en matière d'aides à la formation pendant les années 2025 à 2028", qui concerne les bourses et les prêts d'études. Nous suivrons ici la majorité de la commission, c'est-à-dire que nous nous rallierons à la proposition initiale du Conseil fédéral.

A l'arrêté 4, "arrêté fédéral relatif au plafond de dépenses destiné au domaine des EPF pour les années 2025 à 2028", le Conseil fédéral propose une augmentation de 1,2 pour cent, ce qui revient de facto à une diminution si on tient compte de l'inflation. Certes, les EPF disposent de réserves, mais un montant important de ces réserves est attribué à des dépenses prévues, dépenses que les EPF se doivent d'honorer. Il convient donc de tenir compte de ces réserves avec prudence, raison pour laquelle le groupe vert/libéral suivra la majorité de la commission, qui propose une augmentation de 1,4 pour cent des moyens. Ceci dit, et comme je l'ai mentionné précédemment, le groupe vert/libéral soutiendra également le triplement des taxes d'études pour les étudiants et les étudiants étrangers. Les taxes d'études pour les étudiants étrangers en Suisse sont parmi les plus basses au monde, et de loin. Ceci ne se justifie plus et il nous paraît dès lors logique de faire participer ces étudiants de manière plus conséquente aux coûts d'écolage. A noter que, même en triplant ces taxes, ces dernières resteraient très modestes en comparaison internationale.

Enfin, à l'arrêté 5, "arrêté fédéral relatif au financement alloué en vertu de la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles pendant les années 2025 à 2028", le groupe vert/libéral privilégiera la formation et la recherche au détriment des projets et des infrastructures. En d'autres termes, nous suivrons là aussi la majorité de la commission qui propose d'augmenter les contributions aux articles 1 et 2, mais de les diminuer aux articles 3 et 4, si bien que, globalement, le montant resterait inchangé par rapport à celui qui avait été proposé par le Conseil fédéral, mais serait réparti différemment.

Huber Alois (V, AG): Geschätzte Frau Kollegin Weber, schnell zu meiner Person: Ich bilde zurzeit den 33. Lehrling aus. Sind Sie wirklich der Meinung, dass wir das Bildungsniveau durch mehr Geld einfach so anheben können? Bräuchte es nicht einen anderen Hebel?

Weber Céline (GL, VD): Je l'ai dit, il faut aussi des mesures d'efficacité. Nous ne proposons pas des augmentations partout. C'est vrai, la qualité de la recherche et de la formation n'est pas seulement une question d'argent, mais malheureusement elle l'est aussi. Je le répète, et on le verra aussi au bloc 2, nous proposons aussi, à certains endroits, de diminuer les moyens. Nous soutenons le triplement des taxes pour les étudiants étrangers, ce qui devrait vous convenir.

Durrer Regina (M-E, NW): Wie bereits ausgeführt, gibt es zahlreiche Anträge. Von den Grünen und der SP kommen allgemeine Erhöhungsanträge in praktisch allen Bereichen, von der SVP allgemeine Kürzungsanträge. Die Mehrheit der WBK-N schlägt Ihnen einen gezielten Konzeptantrag vor, den auch die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP unterstützt.

Die finanzielle Lage des Bundes erlaubt es leider nicht, noch weiter gehende Erhöhungen zu unterstützen, wie es die Ratslinke vorschlägt. Die Kürzungsanträge der SVP sind hingegen klar abzulehnen, weil damit ohne klare Begründung massive Kürzungen vorgenommen werden sollen.

Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP unterstützt das Berufsbildungsgesetz und erachtet es als wichtig, die Berufsbildung zu stärken, gerade in Zeiten des Fachkräftemangels. Deshalb sollen auch im Bundesbeschluss über die Berufsbildung die Pauschalbeiträge an die Kantone um 23,4 Millionen Franken erhöht werden.



Bei den Artikeln 2 und 4 folgen wir dem Bundesrat, der rund 164 Millionen Franken für die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung und 670 Millionen Franken für die höheren Fachschulen vorsieht. In Zukunft muss diskutiert werden, ob es gerechtfertigt ist, dass die entsprechenden Studiengebühren kaum subventioniert werden. Dies kann aber nicht im Rahmen der BFI-Botschaft diskutiert werden.

Auch bei Artikel 3 folgen wir dem Bundesrat. Hier möchte ich aber noch auf die Kürzungsanträge der Minderheiten Balmer und Riem eingehen, die 15 bzw. 32 Millionen Franken auf Kosten des Projekts Viamia einsparen wollen. Es wird argumentiert, dass dieses Projekt der Studien- und Laufbahnberatung für Über-40-Jährige die falschen Personen erreiche und dass es von den Kantonen übernommen werden soll oder dass Private es anbieten sollen.

Erstens werden sehr wohl die Richtigen erreicht: Menschen, die mit über 40 Jahren wieder ins Erwerbsleben einsteigen wollen und falsch, zu wenig oder auf zu tiefem Niveau ausgebildet sind. Zu rund 40 Prozent haben Menschen, die nicht über eine höhere Ausbildung verfügen, vor allem Frauen, von diesem Angebot profitieren können. Auch wenn das Pilotprojekt offiziell seit vier Jahren läuft, wird es erst seit zwei Jahren in allen Kantonen angeboten, und es konnte grosse Erfolge erzielen. Nun ist es wichtig, dass die Kantone dieses Angebot in Zusammenarbeit mit den öffentlichen und privaten Studienberatungsstellen festigen und profilieren, sodass es dann in vier Jahren nicht mehr vom Bund mitfinanziert werden muss. Deswegen wäre es zum jetzigen Zeitpunkt verheerend, den Betrag zu kürzen.

AB 2024 N 870 / BO 2024 N 870

Zweitens können Private dieses Angebot gar nicht flächendeckend machen, da einerseits nur in 11 von 26 Kantonen Private vertreten sind und andererseits auch sie es für die Zielgruppe nur mit einer Finanzierung durch Bund und Kantone gratis anbieten könnten.

Ich komme zum ETH-Gesetz: Wir unterstützen die Erhöhung des Zahlungsrahmens um 100 Millionen Franken im ETH-Bereich, da gerade im Bereich Digitalisierung und KI wichtige Arbeit geleistet wird. Gleichzeitig fordern wir, dass im Gegenzug die Studiengebühren für ausländische Studierende verdreifacht werden. Die dadurch erzielbaren Mehreinnahmen von rund 40 Millionen Franken kompensieren einen Teil der Mehrausgaben. Wir können uns auch weitergehende Erhöhungen der Studiengebühren vorstellen. Hingegen sind die Gebühren für die Fachhochschulstudierenden Sache der Kantone, und daher lehnen wir den Antrag der Minderheit Hug ab. Hingegen unterstützen wir die Anträge der WBK-N im Bereich des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes, die kostenneutral sind.

Bitte folgen Sie überall der Mehrheit – besten Dank für Ihre bildungsfreundlichen Entscheide.

Balmer Bettina (RL, ZH): Vorab: Ich schätze die Zusammenarbeit sehr.

Ich habe jetzt aber doch nochmals die Ecoplan-Studie hervorgehoben. Dort steht klar und deutlich drin, dass die Geringqualifizierten nicht erreicht werden, wie es eigentlich das Ziel von Viamia gewesen wäre. Möchten Sie das noch kommentieren?

Durrer Regina (M-E, NW): "Nicht erreicht" ist eine falsche Aussage. Wenn Sie die Unterlagen genau anschauen, sehen Sie: Knapp 40 Prozent der Menschen, die dieses Angebot in Anspruch genommen haben, verfügen höchstens über einen Sekundarstufe-II-Abschluss.

Fivaz Fabien (G, NE): Dans ce bloc, nous commençons par vous demander de suivre notre minorité demandant d'augmenter les moyens destinés à la formation professionnelle. La formation professionnelle est un pilier de l'espace suisse de formation, que de très nombreux pays nous envient. Plus de 70 pour cent des jeunes passent par cette voie que nous qualifions de royale.

Au niveau financier, c'est une vieille rengaine, c'est un vieux combat entre les cantons et la Confédération quant au soutien à la formation professionnelle. La loi indique en effet qu'environ un quart du montant des dépenses est à la charge de la Confédération.

Aujourd'hui, avec le financement prévu pour la période 2025–2028, nous sommes à 25,4 pour cent; c'est donc environ un quart. Cependant, en réalité, il s'agit d'une baisse depuis 2020; à ce moment, la Confédération couvrirait 26,7 pour cent des dépenses, donc un peu plus d'un quart. Nous vous proposons donc d'augmenter le plafond de dépenses dans ce domaine, pas seulement pour la contribution aux cantons, mais aussi pour les projets ou encore la Haute école fédérale en formation professionnelle.

Dans le domaine de la formation continue, nous vous demandons exceptionnellement de suivre la majorité de la commission. Les 1,5 million de francs supplémentaires permettront en effet aux organisations actives dans le domaine de la formation continue de continuer à faire correctement leur travail. Les changements actuels dans la société et l'économie, en particulier la numérisation, entraînent une augmentation significative





des besoins de formation tout au long de la vie. Dans ce contexte, la formation continue est particulièrement importante. Le taux de participation à la formation – il faut le rappeler – reste inférieur à celui que nous avons connu avant la pandémie. De plus, l'écart se creuse malheureusement entre la participation des personnes qui sont déjà très qualifiées et celle des personnes qui ont aujourd'hui peu de qualifications. Dans ce contexte, la promotion de la formation continue est une priorité; nous refuserons également la suppression du programme viamia.

Je ne reviendrai pas sur la question des taxes d'études. Elle a été largement discutée dans le cadre de ma minorité I.

Concernant le plafond de dépenses dans le domaine des EPF, nous vous proposons de suivre notre minorité qui augmente l'enveloppe d'environ 250 millions de francs. La qualité de l'enseignement, je l'ai dit, diminue de par le taux d'encadrement. Il faut rappeler ces faits: alors que le nombre d'étudiants a augmenté de 29 pour cent, les ressources allouées par la Confédération n'ont augmenté que de 13 pour cent.

De nombreux domaines de recherche seraient également affectés, puisque le domaine des EPF a déjà informé qu'il ferait des coupes dans certains programmes et dans certaines infrastructures essentielles qui seront remises à plus tard. D'ailleurs, il le fera même si nous augmentons le plafond de dépenses de 100 millions de francs. Aujourd'hui, ce montant est simplement insuffisant. Je rappelle, puisque la discussion a eu lieu précédemment, que les réserves sont pour la plupart affectées à des projets en cours.

Nous pouvons faire le même constat dans le cadre des hautes écoles universitaires et spécialisées. Les contributions de base sont le socle de leur fonctionnement. Si elles sont basées sur un calcul analytique du coût de référence d'une ou d'un étudiant dans une haute école, ce chiffre a pour le moment été largement compressible en diminuant simplement le taux d'encadrement. Mais jusqu'à quand? Chaque année, le nombre d'étudiants et étudiantes augmente d'environ 1,5 pour cent. Il y a également une augmentation des charges. Je rappelle que 80 pour cent des charges d'une haute école sont salariales. Selon les calculs de Swissuniversities avec les chiffres du Conseil fédéral, la croissance réelle sera de 0,6 pour cent seulement pour les hautes écoles universitaires et de 0,7 pour cent pour les HES. Dans le contexte actuel, c'est simplement trop faible.

Dernier élément: nous vous demandons évidemment de rejeter la minorité Hug dans le cadre de la LEHE. Ce n'est pas une compétence de la Confédération de fixer ou d'augmenter les taxes d'études dans les hautes écoles cantonales ou les HES. C'est aux universités, au gouvernement et aux législatifs cantonaux – cela dépend des cantons – que revient en réalité cette prérogative. Je vous remercie de soutenir nos propositions de minorité.

Rüegsegger Hans Jörg (V, BE): Auch für die SVP-Fraktion ist die Botschaft zu Bildung, Forschung und Innovation ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Wir unterstützen deshalb den Bundesrat bei seinen Vorhaben in finanzieller Hinsicht, auch in der Absicht, dass die Schweiz in diesen Bereichen führend bleibt.

Wir hatten in der WBK-N, und da möchte ich einen Bogen spannen, sehr interessante Anhörungen. Daraus gewannen wir wichtige Erkenntnisse und Schlüsselaussagen, vor allem für Block 1 zum ETH-Bereich. Noch einmal: Die ETH hat 24 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und über 37 000 Studierende; sie hat einen ETH-Rat, der funktioniert, einen strategischen Plan, sechs globale Herausforderungen, aber auch – und darauf legt die SVP-Fraktion ein besonderes Augenmerk – ein grosses Immobilienportfolio, das 3 bis 5 Prozent der direkten Bundesmittel benötigt. Wir stellen fest, dass der ETH-Rat neue Projekte lancieren will. Diese Projekte für die nächste Periode hat er uns vorgestellt. Wir stellen auch fest, dass Ermessensspielraum bzw. Spielraum beim Ausbau besteht.

Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass die Studierendenzahlen steigend sind. Aber wir stellen fest, dass sich das Verhältnis zwischen schweizerischen und nichtschweizerischen Studierenden verschiebt. Das Verhältnis an der EPFL ist mit über 60 Prozent ausländischen Studierenden und unter 40 Prozent Schweizer Studierenden krass. In Zürich ist eine ähnliche Tendenz feststellbar. Unsere Aufmerksamkeit erregt und uns erschreckt hat vor allem der Umstand, dass an der ETH nach dem ersten Studienjahr über 30 Prozent der Studierenden das Studium beenden oder wechseln.

Eine besondere Aussage hat der ETH-Rat zur Teuerung und zum Wachstum gemacht, nämlich dass sein Szenario ein Wachstum von 2,5 Prozent gegenüber dem Status quo sei. Das kann aus Sicht eines Unternehmers nicht nachvollzogen werden. Das Szenario mit zusätzlichen 1,5 Prozent finanziellen Mitteln erachtet der ETH-Rat als Erosion. Wir sehen das

AB 2024 N 871 / BO 2024 N 871

bei der SVP ein wenig anders: Es wird nicht gespart, sondern die Mittel werden gezielt eingesetzt, wie das die FK ausgeführt hat. Es ist einfach ein weniger schnelles Wachstum. In der Kommissionssitzung hatten wir



genügend Zeit – und da möchte ich die Mitte-Fraktionssprecherin ansprechen –, um uns über die Strategie der SVP-Fraktion auszutauschen. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht, wo wir priorisieren möchten, wo wir sparen oder weniger ausbauen möchten. Als Input seitens der SVP-Fraktion: Wir lösen weder den Fachkräftemangel noch sichern wir den Wohlstand nur mit mehr staatlichen finanziellen Mitteln.

Zu Block 1 und zu den Minderheiten aus der SVP-Fraktion: Es geht hier um die Schuldenbremse; wir werden diverse Male über die Schuldenbremse abstimmen. Die SVP-Fraktion sieht Handlungsspielraum, wenn ihre Anträge angenommen werden, und sie sieht, dass die Verantwortlichen vermehrt Prioritäten setzen könnten. Dass die Studiengebühren jetzt wahrscheinlich erhöht werden, erachten wir als erfreulich. Hingegen wird aber leider der Antrag der Minderheit Hug, wonach den Kantonen vorgegeben werden soll, ihre Gewinne auch bei den kantonalen Hochschulen einzusetzen, wie das der Bund macht, keine Mehrheit finden.

Zu den Reserven der ETH: Wann, wenn nicht jetzt, sollten diese gezielt eingesetzt werden? Wenn das Risiko für die Verantwortlichen zu hoch ist, dann ist es wie im Unternehmertum, dann muss diese Investition, das Projekt warten.

Ich komme noch zu den Bauinvestitions- und Baunutzungsbeiträgen: Es geht um 50 Millionen Franken. Jeder Unternehmer macht eine Prioritätenliste. Sind genügend finanzielle Mittel vorhanden, wird realisiert, ansonsten nicht.

Ich komme zum Schluss: Wir erwarten, dass der ETH-Rat aufgrund der Entscheide von heute seine Roadmap bezüglich Forschung und Bildung anpasst. Ich habe leider keine Fraktion gehört, die zum vollständigen Kompensieren der in Block 1 getätigten Mehrausgaben bereit ist. Die SVP-Fraktion fordert auch bei Translation und Wissenstransfer mehr Wille zur Umsetzung, um das Potenzial beim Abbau von Doppelspurigkeiten in den Hochschulen in Zukunft auszuschöpfen.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: En préambule, je fais une constatation. Certains d'entre vous ont rappelé la position des cantons en ce qui concerne les moyens financiers attribués. Il est tout à fait naturel et logique d'exiger davantage de moyens financiers. Les cantons ont leur propre budget. Pour décharger leur budget, il est tout à fait normal de demander des moyens supplémentaires; cela peut leur faciliter la tâche. Naturellement, du côté de la Confédération, nous devons aussi avoir un œil sur notre propre budget. Cela fait partie des discussions que nous menons régulièrement avec les cantons. Je tiens à affirmer à cette tribune que les relations, malgré ces divergences de points de vue, sont excellentes.

J'en viens maintenant à la discussion par article relative à l'arrêté fédéral 1.

A l'article 1, le Conseil fédéral a examiné les différents intérêts en présence et il vous a soumis un projet équilibré. Augmenter les forfaits accordés aux cantons pour la formation professionnelle, soit selon la proposition de la majorité ou celles de la minorité II (Fehlmann Rielle), de la minorité I (Prelicz-Huber) et de la minorité II (Brizzi), profiterait exclusivement aux cantons. On peut en effet s'attendre à ce que seule la part fédérale des coûts totaux dépasse sensiblement la valeur indicative de 25 pour cent qui est fixée dans la loi fédérale sur la formation professionnelle. Transférer purement et simplement des moyens fédéraux vers les cantons ne permettra pas de renforcer la formation professionnelle. Nous vous prions ici d'adopter le projet du Conseil fédéral, donc la proposition de la minorité I (Schilliger) et celle de la minorité III (Riem).

A l'article 2 de ce même arrêté, le montant des moyens demandés pour la formation professionnelle supérieure est mesuré à partir du nombre de diplômés dans ce domaine. Depuis l'introduction des contributions fédérales directes, ce chiffre et le nombre de demandes de subventions sont relativement fiables. Aucune surprise n'est attendue, nous vous prions ici de suivre la majorité et de rejeter les propositions de minorité qui demandent des augmentations ou des réductions du plafond de dépenses.

A l'article 3, la promotion de projets est importante pour le développement de la formation professionnelle. Les moyens prévus pour les années 2025 à 2028 se fondent sur des valeurs empiriques. Ils permettent de soutenir les mesures prises jusqu'à présent et offrent une marge de manoeuvre financière pour soutenir d'éventuelles mesures et innovations supplémentaires, par exemple dans le domaine de l'apprentissage tout au long de la vie, de la numérisation, du soutien aux Swiss Skills ainsi qu'à l'organisation éventuelle des Euro Skills en Suisse. Les augmentations dans ce domaine accroîtraient le risque de solde de crédit, c'est-à-dire de non-épuisement des moyens prévus.

L'offre de bilans professionnels gratuits dans le cadre du programme Viamia pour les adultes de 40 ans et plus fait partie du paquet de mesures adopté en 2019 par le Conseil fédéral pour encourager le potentiel de main-d'œuvre indigène. L'évaluation de la phase pilote montre que le programme Viamia a rempli des objectifs importants. L'offre est conçue de manière à répondre aux besoins. Le groupe cible des personnes actives de 40 ans et plus est atteint. En prolongeant le financement fédéral pour les années 2025 à 2028, la Confédération s'assure que les cantons puissent consolider l'offre et la reprendre dans leur structure ordinaire.





Je tiens à préciser clairement ici que, pour le Conseil fédéral, c'est la dernière période de soutien au programme Viamia. J'espère que, dans quatre ans, vous vous en souviendrez.

La Confédération tient aussi compte des expériences faites jusqu'à présent dans le dialogue avec les cantons concernant le calcul du montant du forfait par cas. Il s'agit aussi de s'adresser plus directement aux employés peu qualifiés et de prendre en compte les prestataires privés là où il en existe. Il n'en existe pas partout.

Nous vous prions ici de suivre la majorité de la commission, et donc le Conseil fédéral, et de rejeter toutes les propositions de minorité, qu'elles proposent des réductions ou des augmentations.

Enfin, j'en viens à l'article 4 de ce premier arrêté. Grâce aux moyens sollicités pour la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP), cette dernière peut assumer sa mission: former et perfectionner les responsables de la formation professionnelle, soutenir le développement des professions et soutenir les associations professionnelles et les autres acteurs de la formation professionnelle par le biais de ses recherches et de ses prestations. L'augmentation des moyens de la HEFP permet à cette dernière de répondre aux besoins actuels, tels que l'orientation vers les compétences opérationnelles ou le plurilinguisme dans la formation professionnelle.

Nous vous prions de soutenir la proposition de la majorité et du Conseil fédéral et de rejeter les propositions de minorité.

J'en viens à l'arrêté fédéral 2 relatif au financement de la formation continue. L'introduction de la loi fédérale sur la formation continue, à partir de 2017, a été marquée par la mise en place de structures destinées à encourager l'acquisition de compétences de base chez les adultes. Posséder des compétences de base dans les domaines de la lecture, de l'écriture, de l'expression orale dans une langue nationale, des mathématiques élémentaires et de l'utilisation des technologies de l'information et de la communication est la condition requise pour l'apprentissage tout au long de la vie, pour l'exercice d'une activité professionnelle et également pour la participation à la vie sociale.

Afin d'accompagner la mise en place de structures, la Confédération a sensiblement augmenté les contributions aux cantons et aux organisations actives dans le domaine de la formation continue au cours des deux dernières périodes d'encouragement. L'objectif de la période à venir, c'est-à-dire 2025–2028, est de consolider ces structures, de développer et de pérenniser l'offre. En outre, les cinq cantons qui n'ont pas de convention-programme avec le secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation doivent avoir la possibilité d'obtenir des aides financières pour cette période et de développer leur offre. Avec un plafond de dépenses de

AB 2024 N 872 / BO 2024 N 872

75,7 millions de francs, le Conseil fédéral demande plus de moyens que pour la période précédente.

Les moyens financiers disponibles sont suffisants pour les cantons et pour les organisations actives dans le domaine de la formation continue. Je vous demande donc d'accepter le projet du Conseil fédéral et de rejeter les propositions de minorité, qu'elles aillent dans le sens de l'augmentation ou de la réduction.

Concernant le projet 5 d'arrêté fédéral relatif au financement des contributions allouées aux cantons en matière d'aide à la formation pendant les années 2025 à 2028, par l'intermédiaire de Loi sur les aides à la formation, la Confédération soutient les cantons pour leurs dépenses dans le domaine des bourses et des prêts dévolus aux allocations de formation du degré tertiaire. Dans le cadre du concordat sur les bourses d'études, les cantons se sont mis d'accord sur une harmonisation des critères d'octroi dans le domaine des bourses. A ce jour, plus de 90 pour cent de la population résidente suisse vit dans des cantons ayant adhéré à ce concordat. Les cantons octroient des bourses, des prêts, sur la base de leur propre législation. Il ne faut pas s'attendre à ce que des fonds fédéraux supplémentaires destinés aux dépenses des cantons entraînent une augmentation des bourses octroyées dans les cantons. Les moyens prévus par le Conseil fédéral sont tout à fait suffisants afin de satisfaire aux exigences de la Loi sur les aides à la formation.

Je vous demande donc de suivre le Conseil fédéral et de rejeter les propositions de minorité.

Concernant le projet 14, la loi sur les écoles polytechniques fédérales; depuis 2017, le Conseil des EPF a la possibilité d'instaurer un régime de taxes d'études différenciées entre les étudiants suisses et étrangers. Ce changement de la loi sur les EPF – il s'agit de l'article 34d – a été opéré à la suite de la motion 13.4008, déposée par la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national. Elle a permis de répondre aux demandes de la commission tout en préservant l'autonomie garantie dans cette même loi. Or, la présente proposition porte directement atteinte à cette autonomie, comme certains d'entre vous l'ont justement relevé.

En tant qu'organe stratégique de direction du domaine des EPF, le Conseil des EPF est responsable de l'allocation des ressources aux institutions du domaine des EPF. Dans ce contexte, la liberté de fixer des émoluments constitue un élément stratégique extrêmement important. Cette autonomie, selon nous, constitue





un facteur de succès important pour le domaine des EPF; il convient donc de le respecter. D'ailleurs, dans les hautes écoles cantonales, le montant des taxes d'études est aussi fixé par l'organe stratégique responsable de l'établissement. Il convient ici de respecter clairement les compétences des uns et des autres.

Concernant le projet 4, "arrêté fédéral relatif au plafond de dépenses destiné au domaine des EPF pour les années 2025 à 2028", le Conseil fédéral a fixé le volume maximal des crédits FRI en tenant compte de la situation financière et en respectant le frein à l'endettement. Pour atteindre un budget 2025 qui respecte ce frein à l'endettement, le Conseil fédéral a dû réduire la contribution au domaine des EPF de manière linéaire, comme il l'a fait d'ailleurs dans tous les autres domaines du message FRI. Il a procédé en plus à une réduction unique de 100 millions de francs. Le Conseil fédéral est persuadé que le domaine des EPF peut maintenir son excellence avec les moyens financiers prévus actuellement, en définissant des priorités stratégiques et en utilisant de manière ciblée ses réserves financières.

L'augmentation du plafond de dépenses destiné au domaine des EPF, tel que proposé, accroîtrait considérablement les montants maximaux. Une telle hausse du plafond de dépenses et des crédits d'engagement augmenterait le risque de "stop and go" et le risque de compensation au détriment d'autres domaines FRI. Le Conseil fédéral se verrait contraint de proposer de nouvelles coupes au cours des processus budgétaires, afin de respecter le frein à l'endettement.

Dans ce contexte, nous vous recommandons de refuser l'augmentation du plafond de dépenses. Vu les diverses conditions financières, comme le renchérissement, le domaine des EPF peut atteindre les objectifs, mais la situation reste néanmoins tendue. Nous sommes donc également d'avis qu'il ne faut pas réduire davantage la contribution financière.

Concernant le projet 15, la loi fédérale sur l'encouragement des hautes écoles et la coordination dans le domaine suisse des hautes écoles (LEHE), la plupart des hautes écoles accréditées selon cette loi sont des établissements cantonaux autonomes. Les taxes d'études sont généralement fixées par l'organe de direction stratégique. Une prescription forfaitaire imposée par une loi fédérale à toutes les hautes écoles serait totalement contraire à l'autonomie des collectivités responsables des hautes écoles et à celle des hautes écoles. Nous considérons donc qu'une telle réglementation n'est pas appropriée. Toutefois, le Conseil des hautes écoles de la Conférence suisse des hautes écoles (CSHE), que je préside, peut émettre des recommandations concernant la perception des taxes d'études. Nous mettrons par conséquent ce sujet à l'ordre du jour d'une prochaine séance.

Le dernier point de ce premier bloc est le projet 5, l'arrêté fédéral relatif au financement alloué en vertu de la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles pendant les années 2025 à 2028. La Confédération et les cantons ont adopté, lors de la séance du 21 mars du Conseil des hautes écoles de la CSHE, le montant total des coûts de référence. Par conséquent, ils ont adopté les contributions de base versées par la Confédération aux universités cantonales et aux HES, conformément au montant qui figure dans le message FRI du Conseil fédéral.

Les contributions de base que propose le Conseil fédéral pour les hautes écoles, en combinaison avec les contributions pour les bâtiments des hautes écoles, les infrastructures de recherche et l'encouragement de projets communs des hautes écoles, sont appropriées. Elles sont équilibrées par rapport à l'ensemble du message FRI. C'est pourquoi nous rejetons l'augmentation demandée.

Vous proposez de compenser les augmentations des contributions de base sur les crédits "Contributions d'investissements, participations aux frais locatifs et contributions pour des infrastructures communes", soit environ 50 millions de francs, et "Contributions liées à des projets", soit environ 5,9 millions de francs. Dans ce cas, il est clair que le transfert de fonds serait sans incidence sur les coûts, ce qui constituerait naturellement un avantage par rapport à une simple augmentation.

Toutefois, les deux crédits sur lesquels la compensation devrait être effectuée sont des instruments d'encouragement qui confèrent à la Confédération une certaine compétence de pilotage. Nous devrions par conséquent renoncer à une partie des possibilités de pilotage, ce qui ne nous semble pas opportun.

Aussi bien les contributions pour les infrastructures communes que les contributions liées à des projets donnent à la Confédération et à la CSHE la possibilité d'encourager des synergies et des gains d'efficacité au sein même du système des hautes écoles. Le montant des contributions de base qui figure actuellement dans le message FRI est ajusté aux besoins des cantons et aux possibilités financières de la Confédération. Nous nous opposons, par conséquent, à une réduction des contributions de base. Ce montant est bien proportionné, eu égard à la structure globale du système FRI. De plus, il correspond au cadre des coûts de référence des hautes écoles qui a été fixé par le Conseil des hautes écoles de la CSHE pour les quatre prochaines années.

Nous rejetons également une réduction isolée des contributions d'investissement, considérant qu'il ne s'agit pas d'aller dans le sens d'une compensation, parce qu'il faut pouvoir contracter de nouveaux engagements



dans une mesure raisonnable et les honorer, et parce qu'il faut aussi liquider des engagements pris au cours de la période actuelle. Une réduction des contributions liées à des projets affecterait d'importants projets communs des hautes écoles, par exemple le projet de mise en oeuvre de l'initiative sur les soins infirmiers, dont nous sommes tous conscients de l'importance, devrait être redimensionné, ce que nous ne voulons pas.

AB 2024 N 873 / BO 2024 N 873

Porchet Léonore (G, VD): A l'encontre de l'avis des directions de l'EPFL et de l'EPFZ, du Conseil des EPF, de l'Agepoly – l'association générale des étudiantes et étudiants de l'EPFL – et du VSETH – Verband der Studierenden an der ETH –, la majorité de la commission a décidé d'augmenter les taxes d'études pour les étudiants étrangers. Pouvez-vous confirmer le risque que cela représente pour la main-d'oeuvre qualifiée en Suisse et donc pour l'économie suisse dans son ensemble?

Parmelin Guy, conseiller fédéral: C'est une bonne question – d'ailleurs, le Conseil des EPF lui-même se l'est posée, puisqu'il a débattu d'une augmentation des taxes. C'est difficile à dire, puisque nous constatons – sauf erreur, de mémoire – qu'environ 50 pour cent des personnes formées au niveau des EPF ne restent pas dans notre pays pour différentes raisons, notamment parce qu'elles souhaitent travailler dans leur pays. Nous ne saurions pas dire précisément si cela pourrait avoir une influence décisive sur la pénurie de main-d'oeuvre, mais, à première vue, il semble que non.

Christ Katja (GL, BS), für die Kommission: Ich gehe kurz auf die verschiedenen Bundesbeschlüsse ein. Bei Entwurf 1, der die Finanzierung der Berufsbildung betrifft, fordert die Kommissionsmehrheit, die Pauschale an die Kantone für die Berufsbildung um 23,4 Millionen Franken zu erhöhen, was einer Wachstumsrate von ungefähr 1,8 Prozent statt den vom Bundesrat vorgesehenen 1,7 Prozent entspricht. Angesichts des Fachkräftemangels und des dringenden Bedarfs, mehr junge Menschen in stark nachgefragten Berufen auszubilden, ist diese bescheidene Erhöhung gerechtfertigt. Diese Berufe bieten jungen Menschen direkte Einsatzmöglichkeiten im Arbeitsmarkt.

Bei Entwurf 2, welcher die Weiterbildung betrifft, fordert die Mehrheit der Kommission eine zusätzliche Erhöhung um 1,5 Millionen Franken gegenüber dem Entwurf des Bundesrates. Dieser Betrag kommt vor allem Institutionen zugute, die im Bereich der Grundkompetenzen aktiv sind. In der Schweiz haben fast 800 000 Erwachsene Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben oder beim Verstehen einfacher Texte. Diese zusätzliche Investition erschien der Kommission aufgrund des Kosten-Nutzen-Verhältnisses und im Vergleich mit anderen Positionen im BFI-Budget angemessen.

Zudem standen einige Weiterbildungsprogramme, insbesondere das Projekt Viamia, im Fokus der Diskussion zu diesem Bundesbeschluss. Kontrovers wurde darüber diskutiert, ob das Projekt Viamia auch effektiv und zielführend ist und ob es nicht zu stark in den privaten Markt eingreift, indem es eine direkte Konkurrenz zu privaten Anbietern von Berufcoachings darstellt. Da es aber in der Westschweiz praktisch keine und in der Deutschschweiz nur etwa in der Hälfte der Kantone solche private Anbieter gibt, kam die Kommission zum Schluss, dass das Projekt Viamia nicht per sofort überall von den privaten Anbietern ersetzt werden könnte und dass es nun noch eine letzte vierjährige Laufzeit zur Implementierung brauche. Kürzungsanträge in Bezug auf das Projekt Viamia blieben deshalb in der Minderheit.

Ich komme zu Entwurf 3: Bei Entwurf 3, welcher die den Kantonen zugewiesenen Beiträge für Ausbildungsbeihilfen betrifft, folgt die Kommission dem Entwurf des Bundesrates.

Ich komme zu Entwurf 4 in Kombination mit Entwurf 14: Bei Entwurf 4, der den ETH-Bereich betrifft, schlägt der Bundesrat eine Erhöhung von 1,2 Prozent vor, was de facto einer Reduktion entspricht, wenn man die Inflation sowie die steigenden Studierendenzahlen berücksichtigt. Zwar verfügt die ETH über Reserven, aber ein erheblicher Teil dieser Reserven sind eigentlich Rückstellungen, welche für konkrete Projekte eingestellt wurden. Es ist daher geboten, diese Reserven mit Vorsicht zu behandeln. Aus diesem Grund möchte die Kommissionsmehrheit der ETH diese 100 Millionen Franken zusprechen und den Zahlungsrahmen dementsprechend wieder erhöhen.

Um der ETH noch mehr finanziellen Spielraum zu ermöglichen, möchte die Kommissionsmehrheit eine Verdreifachung der Studiengebühren für ausländische Studierende im Gesetz verankern. Die Studiengebühren für ausländische Studierende in der Schweiz gehören zu den niedrigsten weltweit. Die Kommissionsmehrheit möchte die Studierenden stärker an den Ausbildungskosten beteiligen. Selbst mit einer Verdreifachung der Gebühren wären diese im internationalen Vergleich sehr moderat und würden noch immer lediglich einen Teil der Vollkosten eines Studienplatzes decken.

Entwurf 5 betrifft die Finanzierung der Förderung und Koordination der Hochschulen. Das kostenneutrale Kon-





zept, das sowohl von der FK-N als auch von der WBK-N unterstützt wird, sieht insgesamt keine Erhöhung oder Kürzung vor. In den Artikeln 1 und 2 werden aber mit einer Erhöhung um 32,4 Millionen Franken die Grundbeiträge für die Universitäten und mit einer Erhöhung um 23,6 Millionen Franken die Grundbeiträge für die Fachhochschulen priorisiert. Ausgeglichen werden diese Erhöhungen durch eine Kürzung der Investitionsbeiträge für die Infrastrukturen um 50 Millionen Franken in Artikel 3 und mit einer Kürzung der Projektbeiträge um 5,9 Millionen Franken in Artikel 4. Diese Priorisierung der Grundbeiträge ermöglicht es den kantonalen Hochschulen, dem Anstieg der Studierendenzahlen zu begegnen, ohne die Qualität der Lehre und der Forschung zu gefährden.

Die Kommission bittet Sie deshalb, in Block 1 jeweils der Mehrheit zu folgen.

Roth Pasquier Marie-France (M-E, FR), pour la commission: Le bloc 1 concerne les projets 1 à 5 et les projets 13 à 15. La proposition globale de la majorité de la Commission des finances adoptée par la majorité de notre commission concerne, dans ce bloc, les projets 1, 4 et 5.

Dans le projet 1, à savoir l'arrêté fédéral relatif au financement de la formation professionnelle, nous retrouvons à l'article 1 la proposition de la majorité demandant d'augmenter les indemnités forfaitaires versées aux cantons pour la formation professionnelle de 23,4 millions de francs, avec un lissage des crédits; la formation professionnelle bénéficie ainsi d'une plus grande sécurité de planification grâce à cette légère hausse des moyens. Nous retrouvons également les propositions d'augmentation des minorités II (Brizzi) et I (Prelicz-Huber) évoquées dans le débat d'entrée en matière. Une proposition de minorité III (Riem), qui correspond à la minorité I (Schilliger) de la Commission des finances, propose de suivre le projet du Conseil fédéral. Aux articles 2 et 4, nous retrouvons les mêmes minorités demandant une augmentation ou une diminution des moyens. A l'article 3, en plus de ces 3 minorités, la minorité IV (Balmer) propose de diminuer de 15 millions de francs les aides aux projets en visant particulièrement le projet Viamia. La majorité de la commission estime qu'il faut maintenir ces aides pendant encore 4 ans pour permettre aux cantons d'implémenter ce projet.

Toujours dans le domaine de la formation professionnelle, la commission a adopté à l'unanimité les adaptations légales proposées par l'administration dans le projet 13, à savoir la loi fédérale sur la formation professionnelle. Le projet 2 concerne la formation continue. La majorité de la commission propose une augmentation – hors concept de plus 1,7 pour cent – de 1,5 million de francs. La minorité I (Sauter) propose de suivre le Conseil fédéral et la minorité II (Riem) propose une diminution des montants.

Concernant le projet 3, relatif aux contributions allouées aux cantons pour les bourses et prêts d'études, la majorité de la commission vous propose de suivre le Conseil fédéral.

Le projet 4, relatif au plafond de dépenses destiné au domaine des EPF, est lié au projet 14, relatif à la loi sur les EPF. La majorité de la commission propose, à l'article 1, une augmentation des contributions financières au domaine des EPF de 100 millions de francs selon le concept visant plus 1,7 pour cent. Les deux EPF peuvent ainsi poursuivre leur initiative dans le domaine de l'intelligence artificielle, où la Suisse ne saurait se laisser distancer.

En plus des minorités II (Brizzi) et I (Prelicz-Huber), visant une augmentation du plafond de dépenses, la minorité III (Heimgartner) propose de diminuer ces contributions de 306 millions de francs. La proposition de la majorité est liée à une modification de l'article 34d de la loi sur les EPF, au projet 14, qui vise à tripler les taxes d'études pour les nouveaux étudiants venant de l'étranger. La minorité I (Fivaz Fabien)

AB 2024 N 874 / BO 2024 N 874

propose de maintenir la formule potestative du Conseil fédéral et la minorité II (Hug) propose que ces taxes soient trois à cinq fois plus élevées.

Nous en arrivons au dernier point de ce bloc, le projet 5, qui concerne le financement des hautes écoles, lié lui aussi au projet 15, qui concerne la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles.

Dans ce projet, la majorité de la commission propose, suivant le concept d'une augmentation de 1,7 pour cent, de compenser les montants entre les différentes contributions prévues aux articles 1 à 4 en priorisant les contributions de base aux universités, avec une augmentation de 32,4 millions de francs à l'article 1, et aux hautes écoles spécialisées, avec une augmentation de 23,6 millions de francs à l'article 2. Ces augmentations sont compensées par une diminution des contributions d'investissements pour les infrastructures de 50 millions de francs à l'article 3 et par une diminution de 5,9 millions de francs pour les projets à l'article 4. Nous retrouvons, dans ce projet 5, les minorités de la Commission des finances, les minorités II (Brizzi) et I (Prelicz-Huber) qui proposent des augmentations, de même que la minorité III (Huber) qui propose de diminuer ces montants. Cette priorisation des contributions de base permet aux hautes écoles cantonales de faire face à l'augmentation du nombre d'étudiantes et d'étudiants sans mettre en péril la qualité de l'enseignement et de





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2024 • Dritte Sitzung • 29.05.24 • 08h00 • 24.031
Conseil national • Session d'été 2024 • Troisième séance • 29.05.24 • 08h00 • 24.031



la recherche.

Concernant la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles, la minorité Hug propose, à l'article 30 alinéa 1 lettre d, de tripler les taxes d'études pour les étudiants étrangers.

En résumé, votre commission vous recommande de suivre partout la majorité.

Fivaz Fabien (G, NE): Chère collègue, j'aimerais poser une question en lien avec l'augmentation des taxes d'études. Pourriez-vous nous dire quel est l'objectif de cette augmentation? S'agit-il de donner plus de moyens au domaine des EPF ou s'agit-il de diminuer le nombre d'étudiants étrangers?

Roth Pasquier Marie-France (M-E, FR), pour la commission: Cher collègue, il s'agit bien sûr de donner davantage de moyens au domaine des EPF. Etant donné la comparaison que nous avons faite avec d'autres grandes écoles à l'étranger, nous sommes encore bien en dessous du montant des taxes pratiquées à l'étranger.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

